

Leitantrag des Parteivorstandes an den Bundestags-Wahlparteitag 2009 der  
Partei DIE LINKE am 20./21. Juni in Berlin

# **Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE**

**Konsequent sozial.  
Für Demokratie und Frieden.**

***DIE LINKE.***



# Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE

## Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.

### 1 1. Ein Schutzschirm für die 2 Menschen

3 „Der neoliberale Marktfundamentalismus  
4 war immer eine politische Doktrin, die  
5 gewissen Interessen diene. Sie wurde nie  
6 von ökonomischer Theorie gestützt, ebenso  
7 wenig von historischen Erfahrungen.“  
8 **Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und**  
9 **ehemals Chefökonom der Weltbank,**  
10 **Juli 2008**

11 Viele Bürgerinnen und Bürger, die am 27.  
12 September wählen, tun dies in Sorge und  
13 mit schwerem Herzen. Sie bangen um ihre  
14 Zukunft, ängstigen sich um ihre Arbeit, ihr  
15 Einkommen, ihren Ausbildungsplatz, ihre  
16 Rente. Viele von ihnen sind wütend und  
17 enttäuscht von neoliberaler Politik und dem  
18 kapitalistischen System. Sie brauchen  
19 einen Schutzschirm zur Rettung von  
20 Arbeitsplätzen, Löhnen und  
21 Sozialeinkommen.

22 Der Finanz-Kapitalismus hat die Welt in die  
23 schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit  
24 80 Jahren getrieben. Die Politik des  
25 Sozialabbaus, der Deregulierung und  
26 Privatisierung, der entfesselten  
27 Finanzmärkte und der einseitigen  
28 Ausrichtung auf den Export und der  
29 Vernachlässigung von Kaufkraft und  
30 Binnenmärkten – diese Politik diene dem  
31 Profit von Wenigen und geschah auf dem  
32 Rücken und auf Kosten der Mehrheit der  
33 Bevölkerung. Nur zwei Beispiele, die  
34 zeigen, wie menschenverachtend dieses  
35 System funktioniert: Die Spekulation auf  
36 Rohstoffe treibt die Preise für Weizen und  
37 Reis hoch. Deshalb hungern Millionen  
38 Menschen noch mehr, und ihr Hunger  
39 macht zehntausende Spekulanten reich.  
40 Bei uns in Deutschland übernehmen  
41 Finanzinvestoren florierende Unternehmen,

42 weideten sie um des höchsten Profits  
43 willen aus und hinterließen Ruinen. Die  
44 marktradikalen Geisterfahrer haben nur  
45 zweierlei im Kopf: Der Markt regiert. Die  
46 Profite müssen hoch sein und schnell  
47 erzielt werden.

48 Der Kapitalismus hat eine Gesellschaft  
49 hervorgebracht, in der die Herrschenden  
50 Gier, Geiz, Egoismus und  
51 Verantwortungslosigkeit zu Tugenden  
52 erhoben haben. Ihre Vertreterinnen und  
53 Vertreter haben abgewirtschaftet. Ihnen  
54 darf das Land nicht länger überlassen  
55 werden. Sie sind nicht bereit, aus dem  
56 Scheitern ihrer Dogmen Lehren zu ziehen.  
57 Die Deutsche Bank hält weiterhin Renditen  
58 von 25 Prozent für das entscheidende Ziel  
59 unternehmerischen Handelns.

60 Der Marktradikalismus ist am Ende. Die  
61 anderen Parteien stehen in ihrer  
62 praktischen Politik für ein Weiter-So im  
63 Prinzip und für Änderungen im Detail: ein  
64 paar Steueroasen schließen, auf böse  
65 Manager schimpfen, die Finanzmärkte ein  
66 bisschen zügeln. Weit und breit kein  
67 Neubeginn.

68 Die Sorge, dass die Maßnahmen der  
69 Bundesregierung nicht reichen, um Arbeit  
70 und Einkommen von Millionen zu schützen,  
71 ist zu Recht groß. Die Frage, wer am Ende  
72 die Zeche für die Milliardenpakete zahlt,  
73 lassen die anderen Parteien offen. Diese  
74 Rechnung wollen sie den Bürgerinnen und  
75 Bürgern erst nach der Wahl präsentieren.

76 Wir nehmen die Ängste der Menschen vor  
77 dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, vor  
78 weiterer Ausgrenzung und Verarmung  
79 ernst. Ihrer Wut geben wir eine Stimme und  
80 die Zuversicht, dass es auch anders geht.  
81 Zusammen mit den Gewerkschaften und

82 Sozialverbänden ist DIE LINKE im  
83 politischen Raum die einzige konsequent  
84 soziale Schutzmacht. Wir haben die soziale  
85 Frage wieder auf die parlamentarische  
86 Tagesordnung gesetzt. Es gilt die  
87 Gleichung: Je stärker DIE LINKE, desto  
88 sozialer unser Land.

89 Die gegenwärtige Krise ist keine  
90 Konjunkturkrise. Vieles kommt zusammen,  
91 was sich in den vergangenen Jahrzehnten  
92 hinter grenzenloser Profitsucht angestaut  
93 hatte: Kernschmelze auf den  
94 Finanzmärkten, eine tiefe globale  
95 Rezession, fortschreitende  
96 Umweltzerstörung, Klimawandel und  
97 Energiekrise sowie wachsende soziale  
98 Polarisierung. Die Krise wird nicht in  
99 wenigen Monaten vorbei sein. Die  
100 entscheidende Frage ist längst nicht mehr,  
101 ob die öffentliche Hand sich wirtschaftlich  
102 engagiert, sondern in wessen Interesse, mit  
103 welchen Zielen und auf wessen Kosten dies  
104 geschieht.

105 Die Ungerechtigkeit im Land hat  
106 zugenommen. Seit zwei Jahrzehnten  
107 kannten die herrschende Politik und die  
108 Wirtschaft nur eine Richtung: Die Löhne der  
109 abhängig Beschäftigten sollten sinken - und  
110 sie sanken. Die Steuern der Wohlhabenden  
111 und großen Unternehmen sollten sinken -  
112 und sie sanken; deren Gewinne aber sollten  
113 steigen - und sie stiegen. Die oberen 20  
114 Prozent wurden reicher, die unteren 50  
115 Prozent ärmer. Die öffentlichen  
116 Einrichtungen sind in einem jämmerlichen  
117 Zustand. Jedes siebte Kind lebt in Armut, in  
118 Ostdeutschland ist es jedes vierte. Zwei  
119 von fünf allein erziehenden Frauen leben in  
120 Armut. Unser Bildungswesen ist in einem  
121 schlechten Zustand und zutiefst ungerecht.  
122 Die Reichen sind damit beschäftigt, aus viel  
123 Geld noch viel mehr Geld zu machen. Im  
124 Jahr 2006 beliefen sich die privaten  
125 Finanzvermögen in Deutschland auf eine  
126 Summe von 4,5 Billionen Euro; den unteren  
127 50 Prozent der Bevölkerung gehört davon  
128 fast nichts, den oberen 20 Prozent fast  
129 alles. Diese privaten Reichtümer wurden  
130 zum Treibstoff für den raketenhaften  
131 Aufstieg der Investmentfonds, der  
132 Hedgefonds, für die Weltmacht  
133 Finanzwirtschaft. Weil diese Fonds  
134 Hunderte von Milliarden Euro  
135 einsammelten, gewannen sie Macht über  
136 die Politik. Ihre Anlage- und  
137 Investitionswünsche wurden sogar für

138 starke Staaten zum Befehl. Diese Art des  
139 Wirtschaftens hat der produzierenden  
140 Wirtschaft sehr geschadet, es ging ihr an  
141 die Substanz. Solide Unternehmen wurden  
142 förmlich ausgeplündert, es wurde zu wenig  
143 geforscht, zu wenig über neue Märkte und  
144 neue Produkte nachgedacht.

145 Die aktuelle Krise ist die Krise einer  
146 Wirtschaftsordnung, die allein für den Profit  
147 produziert. Gerade in den letzten zehn  
148 Jahren haben sich die Regierungen in den  
149 Dienst des Kapitals gestellt. Mit der  
150 Agenda 2010 wurde das Lohndumping auf  
151 die Spitze getrieben. Zum ersten Mal seit  
152 1945 wurden Löhne in einem  
153 Konjunkturaufschwung gesenkt! Dies ist  
154 nicht nur sozial hochgradig ungerecht,  
155 darüber hinaus begann durch die  
156 Schwächung der Binnennachfrage die  
157 Wirtschaftskrise bereits im Frühjahr 2008.  
158 Das Lohndumping, die damit verbundene  
159 Umverteilung, ja die Enteignung der  
160 Menschen in Deutschland und weltweit ist  
161 schließlich dafür verantwortlich, dass die  
162 Finanzmärkte aufgepumpt wurden. Mit  
163 unserem Geld haben die Zocker im Casino  
164 ihr Unwesen getrieben. Ein Finanzsystem,  
165 das auf der Jagd nach Maximalrenditen  
166 Billionen in spekulative Schneeballsysteme  
167 versenkt statt reale Investitionen zu  
168 finanzieren, erklärt sich selbst historisch  
169 für bankrott.

170 Der Kapitalismus ist nicht nur sozial  
171 ungerecht und ein Motor der  
172 Klimakatastrophe. Er ist heute auch  
173 wirtschaftsfeindlich.  
174 Wirtschaftsunternehmen, die selbst im  
175 Aufschwung Löhne drücken, Stellen  
176 vernichten sowie Investitionen und  
177 Forschungsausgaben reduzieren, um ihren  
178 Anteilseignern möglichst hohe Summen  
179 auszuschütten, verringern Wachstum und  
180 verteilbaren Reichtum. Der Kapitalismus  
181 zerstört die Mittelschichten und bewirkt  
182 eine extreme Einkommenskonzentration. Er  
183 führt dadurch zu einer systematischen  
184 Fehlsteuerung der Wirtschaft, zum Aufbau  
185 riesiger Überkapazitäten und zu einer  
186 gravierenden Unterversorgung. Außerdem  
187 entstehen bedrohliche globale  
188 Ungleichgewichte. Ergebnis ist eine  
189 massive Zerstörung von Produktion und  
190 Produktivität, von Arbeitsplätzen und  
191 Wohlstand, von Innovation und Kreativität.  
192 Der Kapitalismus wird zum größten Feind  
193 für das Lebensglück der Menschen.

194 Die tiefe soziale Spaltung in Deutschland  
195 ist kein Schicksal, sondern Ergebnis von  
196 Politik: der Grünen, der Liberalen, der  
197 Sozialdemokraten, der Konservativen. Sie  
198 haben die Gesetze beschlossen, die das  
199 alles möglich machten. Sie sagten, wir tun  
200 dies, weil wir euch damit helfen: Ist die  
201 Arbeit der Menschen erst einmal billig, sind  
202 die Steuern für Unternehmen und  
203 Wohlhabende erst einmal niedrig, dann gibt  
204 es genug Wachstum und Arbeitsplätze für  
205 alle. Das große Versprechen entpuppte  
206 sich als großer Betrug.

207 Wir stehen vor einer klaren Alternative:  
208 Entweder setzt sich erneut ein  
209 renditeorientiertes Gesellschaftsmodell  
210 durch, also Politik, Staat und Mehrheit der  
211 Bevölkerung räumen den Scherbenhaufen  
212 auf, den die Marktradikalen hinterlassen  
213 haben, und bezahlen dafür.

214 Oder wir erkämpfen den Einstieg in eine  
215 andere Gesellschaft, in der die Bedürfnisse  
216 der Menschen im Mittelpunkt stehen. Es ist  
217 Zeit für echte Alternativen.

218 Wer die aktuelle Krise bekämpfen will,  
219 muss mit Sofortmaßnahmen beginnen, die

220 • mit einem Zukunftsfonds Arbeitsplätze  
221 sichern und mit einem öffentlichen  
222 Investitionsprogramm neue Arbeitsplätze  
223 schaffen,

224 • die sozialen Sicherungssysteme wieder  
225 befestigen und das öffentliche Eigentum  
226 stärken,

227 • eine Millionärssteuer einführen, die  
228 Banken vergesellschaften und staatliche  
229 Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende  
230 Eigentumsanteile der öffentlichen Hand  
231 und Belegschaften vergeben.

232 DIE LINKE steht für einen Neuanfang. Die  
233 Interessen der Beschäftigten und der  
234 großen Mehrheit der Gesellschaft sind in  
235 einer anderen Wirtschaftsordnung  
236 grundsätzlich besser aufgehoben, einer  
237 Wirtschaftsordnung, die den Kapitalismus  
238 schrittweise überwindet, die in  
239 Kernbereichen der Wirtschaft auf  
240 öffentlichem und Belegschaftseigentum  
241 aufbaut und die Marktsteuerung von  
242 Produktion und Verteilung in die soziale  
243 und politische Verantwortung  
244 demokratischer Institutionen einbindet.

245 Das wird nur gelingen, wenn viele Millionen  
246 Bürgerinnen und Bürger sich dafür in  
247 Betrieben und Verwaltungen,  
248 Demonstrationen, Massenprotesten und  
249 Streiks engagieren. DIE LINKE will ein  
250 Bündnis für sozialen Fortschritt in  
251 Deutschland.

252 Wir haben aus der Geschichte der  
253 Arbeiterbewegung gelernt: Die soziale und  
254 die demokratische Frage haben beide  
255 einen eigenen Wert. Diese Werte dürfen nie  
256 mehr gegeneinander ausgespielt werden.  
257 Das bildet die Grundlage für einen  
258 demokratischen Sozialismus.

259 DIE LINKE legt mit dem  
260 Bundestagswahlprogramm 2009 ihre  
261 Vorschläge vor, was in den kommenden  
262 Jahren verändert werden muss. Wir sind  
263 überzeugt, dass mit unseren Vorschlägen  
264 eine bessere Ordnung der Verhältnisse  
265 möglich ist: eine, in der Eigentum  
266 tatsächlich dem Wohle der Allgemeinheit  
267 dient.

## 268 **2. Systemfehler beseitigen – die** 269 **sozialen Interessen der** 270 **Menschen in den Mittelpunkt** 271 **stellen**

272 *„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist*  
273 *den staatlichen und sozialen Lebensinteressen*  
274 *des Volks nicht gerecht geworden.“*  
275 **CDU, Ahlener Programm 1949**

276 Der Finanz-Kapitalismus ist gescheitert.  
277 Ebenso gescheitert ist die Politik, die ihm  
278 zugrunde liegt. Nach dem Zusammenbruch  
279 dieses Systems der Bereicherung stellen  
280 Union und SPD Hunderte Milliarden Euro  
281 aus Steuermitteln an marode Banken ohne  
282 Gegenleistung zur Verfügung. Ob nach der  
283 Rettung der Banken noch ausreichend  
284 Mittel bereit stehen, Arbeitsplätze und  
285 Einkommen zu schützen, ist ungewiss. Im  
286 Herbst und Winter werden die  
287 Auswirkungen der Krise auf den  
288 Arbeitsmarkt in voller Konsequenz  
289 durchschlagen. Erst dann wird sich zeigen,  
290 unter welchem massiven finanziellen Druck  
291 die Sozialsysteme geraten werden.  
292 Allgemeine Garantien für die Renten, die  
293 Arbeitslosenversicherung und die  
294 Krankenversicherung werden nicht  
295 ausreichen. Wer diese Garantien einlösen

296 will, kommt an grundlegenden  
297 Veränderungen des Finanz- und  
298 Wirtschaftssystems und des Steuersystems  
299 nicht vorbei. Wer Arbeitsplätze, Einkommen  
300 und Sozialstaat mit möglichst geringen  
301 Lasten durch die Krise bringen will, der  
302 muss bereit und in der Lage sein, die  
303 Umverteilung von unten nach oben und von  
304 öffentlichen in private Hände umzukehren –  
305 damit die Krisenlasten nicht auf Jahrzehnte  
306 die öffentlichen Haushalte belasten, damit  
307 neue Arbeitsplätze entstehen können,  
308 damit der soziale Zusammenhalt der  
309 Gesellschaft wieder hergestellt wird und  
310 damit die notwendigen Weichenstellungen  
311 in der Wirtschaftsstruktur erfolgen.

312 Wir wollen deshalb die Steuern auf hohe  
313 Einkommen, hohe Erbschaften und  
314 Konzern-Gewinne erhöhen. Eine  
315 Börsenumsatzsteuer muss eingeführt  
316 werden. Die Vermögenssteuer muss als  
317 Millionärssteuer wieder erhoben werden.  
318 Damit der Staat von den Krisenlasten nicht  
319 erdrückt wird, handlungsfähig bleibt und  
320 ehrgeizige Investitionsprogramme  
321 finanziert werden können, wollen wir auf  
322 alle Privatvermögen von mehr als einer  
323 Million Euro eine jährliche Millionärssteuer  
324 von fünf Prozent erheben. Von 2009 an  
325 wollen wir ein jährliches öffentliches  
326 Investitionsprogramm in Höhe von 100  
327 Milliarden Euro, die für Bildung,  
328 Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine  
329 Energiewende verwendet werden. Davon  
330 müssen im Rahmen eines nationalen  
331 Bildungspaktes jährlich rund 18 Milliarden  
332 Euro mehr von Bund und Ländern in  
333 Bildung investiert werden. Ein  
334 Zukunftsfonds, der mit 100 Milliarden Euro  
335 ausgestattet ist, steht den Unternehmen  
336 zur Verfügung, die sich in Produkten und  
337 Verfahren sozial und ökologisch  
338 weiterentwickeln wollen. Zusammen sollen  
339 so zwei Millionen zusätzliche, nach Tarif  
340 bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden,  
341 davon eine Million im öffentlichen Dienst.  
342 Die Privatisierung von öffentlichem  
343 Eigentum wollen wir stoppen und in  
344 wichtigen Fällen rückgängig machen.  
345 Energiekonzerne und Krankenhäuser  
346 gehören in öffentliche Hand. Es ist das  
347 Gebot der Stunde, die Banken zu  
348 vergesellschaften, damit sie sich wieder  
349 berechenbar auf ihre Hauptaufgaben  
350 konzentrieren: die Wirtschaft und die  
351 Bürgerinnen und Bürger mit Krediten zu  
352 versorgen und unterschiedliche Formen

353 von risikoloser Ersparnisbildung  
354 anzubieten. Hartz IV-Empfängerinnen und -  
355 empfänger sollen monatlich einen  
356 Mindestsatz von 500 Euro erhalten bis zur  
357 Einführung einer bedarfsdeckenden und  
358 sanktionsfreien Mindestsicherung. In allen  
359 Branchen muss ein flächendeckender  
360 gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro  
361 eingeführt werden.

362 Nur wenn die Binnenkonjunktur mit  
363 höheren Löhnen, höheren Sozialleistungen  
364 und öffentlichen Investitionen belebt wird,  
365 kann die Volkswirtschaft ihre inzwischen  
366 gefährlich einseitige Abhängigkeit vom  
367 Export mildern.

368 Die Krisen bewältigen – die Weichen neu  
369 stellen. Das ist das Gebot der kommenden  
370 Jahre, auf dem Arbeitsmarkt, in der  
371 Wirtschaftsstruktur, in der Technologie, in  
372 den Sozialsystemen.

## 373 **2.1. Gute Arbeit!**

374 *„Der ist ein Narr, der die Kultur von der*  
375 *Arbeit zu trennen gedenkt.“*  
376 ***Antoine de St. Exupéry***

377 Den Arbeitsmarkt werden in den  
378 kommenden Monaten wachsende  
379 Arbeitslosigkeit und die Angst um den  
380 eigenen Arbeitsplatz beherrschen. Die  
381 Politik muss gegensteuern und die  
382 Arbeitsmarktpolitik anpassen. Es muss  
383 aber auch verhindert werden, dass die auf  
384 den Arbeitsmarkt durchschlagende Krise zu  
385 einer neuen Runde der Erpressung der  
386 Belegschaften führt und sich schlechte  
387 Arbeit weiter ausbreitet. Was gebraucht  
388 wird, ist ein Boom für gute Arbeit.

389 Jede Frau und jeder Mann hat ein Recht auf  
390 gute Arbeit, auf eine Erwerbstätigkeit, die  
391 anständig bezahlt wird, die ein Existenz  
392 sicherndes Einkommen und Teilhabe am  
393 gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht.  
394 Eine Arbeit, die nicht krank macht. Das  
395 Gegenteil ist der Fall und immer weniger  
396 Beschäftigte werden durch einen Betriebs-  
397 oder Personalrat vertreten und durch  
398 Tarifverträge geschützt.

399 Seit der Regierung von SPD und Grünen  
400 haben Leiharbeit, befristete  
401 Beschäftigungen und Minijobs dramatisch  
402 zugenommen. Immer mehr Menschen

403 arbeiten zu Hungerlöhnen: Fünf bis sechs  
404 Millionen erhalten Stundenlöhne unter 7,50  
405 Euro, selbst Löhne unter fünf Euro sind  
406 keine Seltenheit. Die Zahl der  
407 Langzeiterwerbslosen ist unvermindert  
408 hoch. Frauen erhalten rund ein Viertel  
409 weniger Lohn als Männer. Im Osten  
410 Deutschlands sind die Löhne besonders  
411 niedrig, und die Erwerbslosigkeit ist  
412 doppelt so hoch wie im Westen. Besonders  
413 häufig sind Migrantinnen und Migranten  
414 gezwungen, zu skandalösen Löhnen zu  
415 arbeiten.

416 Nach jahrelanger Senkung der Reallöhne  
417 brauchen wir wieder deutlich steigende  
418 Masseneinkommen. Auch der Staat selbst  
419 ist gefordert. Bund, Länder und Kommunen  
420 müssen ihre Investitionen im Sinne sozialer  
421 und ökologischer Nachhaltigkeit deutlich  
422 steigern. In den vergangenen Jahren  
423 wurden hunderttausende  
424 Vollzeit Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst  
425 abgebaut. Dieser Trend muss gestoppt und  
426 umgekehrt werden. Aufbauend auf den  
427 skandinavischen Erfahrungen ist eine  
428 Ausweitung sozialer Dienstleistungen  
429 erforderlich – vor allem in den Bereichen  
430 Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit,  
431 Sozialwesen, Sport und Kultur. Dieser  
432 Bedarf soll mit öffentlich geförderter  
433 Beschäftigung für Erwerbslose verzahnt  
434 werden. Ein-Euro-Jobs sind in tariflich  
435 bezahlte Stellen umzuwandeln.

#### 436 **DIE LINKE fordert:**

437 • Einfallstore für Niedriglöhne schließen:  
438 gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen  
439 im Verhältnis zu Männern, für Beschäftigte  
440 im Osten im Verhältnis zu Beschäftigten im  
441 Westen; Leiharbeit abschaffen; keine  
442 sachgrundlose Befristung von  
443 Arbeitsverträgen;  
444 Sozialversicherungspflicht für jede  
445 geleistete Arbeitsstunde; Schutz der  
446 beruflichen Qualifikation bei  
447 Arbeitslosigkeit;

448 • Erpressung der Beschäftigten beenden:  
449 Kündigungsschutz ausweiten und Hartz IV  
450 abschaffen; wirksames Anti-Mobbing-  
451 Gesetz schaffen; das Ausspionieren von  
452 Beschäftigten beenden; ein wirksames  
453 Arbeitnehmerdatenschutzgesetz schaffen;

454 • Vergabe öffentlicher Aufträge von der  
455 Einhaltung sozialer und ökologischer

456 Kriterien abhängig machen: Zahlung von  
457 Tariflöhnen beziehungsweise eines  
458 gesetzlichen Mindestlohns; Gleichstellung  
459 von Frauen und Männern; Förderung und  
460 gleichberechtigter Zugang von Menschen  
461 mit Behinderung und  
462 Migrationshintergrund; Einhaltung der ILO-  
463 Kernarbeitsnormen;

464 • Flächendeckenden gesetzlichen  
465 Mindestlohn von 10 Euro einführen: höhere  
466 tarifliche Mindestlöhne in diesen Branchen  
467 für allgemeinverbindlich erklären;

468 • gesetzliche Höchstarbeitszeit senken auf  
469 regelmäßig 40 Stunden pro Woche; die 35-  
470 Stundenwoche und weitere tarifliche  
471 Arbeitszeitverkürzungen mit vollem  
472 Lohnausgleich mit den Gewerkschaften  
473 durchsetzen; mit rechtlich erzwingbaren  
474 Personal- und Stellenplänen den Betriebs-  
475 und Personalräten ermöglichen, bei der  
476 Verkürzung der Wochenarbeitszeit deutlich  
477 mehr Beschäftigung und weniger  
478 Leistungsdruck durchzusetzen; ein  
479 erzwingbares Initiativrecht für Betriebsräte  
480 schaffen, um Einstellungen zu erreichen;

481 • gute Ausbildung sichern:  
482 Ausbildungumlage einführen,  
483 Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich  
484 vereinbaren, außer- und überbetriebliche  
485 Ausbildungen mit betrieblichen  
486 gleichstellen; Jugendarbeitsschutz  
487 ausbauen und Jugendvertretung stärken;

488 • klare gesetzliche Abgrenzung von  
489 Arbeits- und Lernverhältnissen:  
490 Berufseinstieg über reguläre  
491 Arbeitsverträge sichern; Praktika mit  
492 mindestens 300 Euro im Monat vergüten;

493 • Arbeit familienfreundlich gestalten:  
494 Rechte von abhängig Beschäftigten mit  
495 Kindern stärken (Kündigungsschutz,  
496 Arbeitszeiten, Überstunden); Arbeitszeit für  
497 Vollzeitbeschäftigte verkürzen;

498 • Lohndiskriminierung von Frauen  
499 bekämpfen: gleicher Lohn für gleiche und  
500 gleichwertige Arbeit; bessere Bezahlung für  
501 Berufe, in denen vorwiegend Frauen  
502 beschäftigt sind; bessere rechtliche  
503 Absicherung durch ein Verbandsklagerecht;  
504 Gleichstellungsgesetz für die private  
505 Wirtschaft, das Unternehmen so lange zu  
506 Maßnahmen verpflichtet, bis mindestens  
507 eine 50%-Quote für Frauen auf allen

508 Qualifikationsstufen bis hin zu Vorständen  
509 und Aufsichtsräten erreicht ist;

510 • Mitbestimmung der Beschäftigten  
511 ausbauen: Beteiligung von abhängig  
512 Beschäftigten und ihren Gewerkschaften  
513 an wesentlichen Entscheidungen der  
514 Unternehmen stärken; paritätische  
515 Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten  
516 auf alle privaten, öffentlichen und  
517 gemeinwirtschaftlichen Unternehmen  
518 ausweiten, die mehr als 100 Beschäftigte  
519 haben; die Mitbestimmung bei  
520 wirtschaftlichen Entscheidungen auch in  
521 kleineren Betrieben im  
522 Betriebsverfassungsgesetz verankern;

523 • Rechte von Gewerkschaften und  
524 Betriebsräten verbessern: den  
525 Antistreikparagrafen abschaffen; das  
526 Streikrecht auf Übernahmen und  
527 Verlagerungen von Unternehmen  
528 ausweiten, Verbandsklagerecht für  
529 Gewerkschaften zum Schutz geltender  
530 Tarife einführen; politischen Streik wie in  
531 anderen Ländern Europas zulassen.

## 532 2.2. Wirtschaft gestalten

533 „Die kapitalistische Produktion entwickelt  
534 daher nur die Technik und Kombination des  
535 gesellschaftlichen Produktionsprozesses,  
536 indem sie zugleich die Springquellen allen  
537 Reichtums untergräbt: die Erde und den  
538 Arbeiter.“ **Karl Marx**

539 Millionen Menschen erwarten zu Recht,  
540 dass der Staat Einfluss auf die Wirtschaft  
541 nimmt. Die entscheidende Frage ist längst  
542 nicht mehr, ob die öffentliche Hand sich  
543 wirtschaftlich engagiert, sondern in wessen  
544 Interesse, mit welchen Zielen und auf  
545 wessen Kosten das geschieht.

546 Eine Demokratie funktioniert nur dann,  
547 wenn sie die Ziele demokratischer  
548 Mehrheiten auch gegenüber  
549 wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann.  
550 Die gewählten Repräsentantinnen und  
551 Repräsentanten des Volkes müssen den  
552 Unternehmen die Ziele des Wirtschaftens  
553 und einen klar definierten Rahmen  
554 vorgeben. Deshalb treten wir für eine neue  
555 Wirtschafts- und Sozialordnung ein.

556 Als erster Schritt muss der Finanzsektor  
557 unter demokratische Kontrolle gestellt

558 werden. Sparkassen und  
559 Genossenschaftsbanken beweisen, dass  
560 Banken in den Dienst der Gesellschaft  
561 gestellt werden können. In Zukunft sollen  
562 alle Banken dem Gemeinwohl dienen. Wer  
563 allerdings versucht den Finanzmarkt zu  
564 regulieren, ohne die immer weitere  
565 Anhäufung von Kapital und Vermögen zu  
566 stoppen und zu reduzieren, ist zum  
567 Scheitern verurteilt. Die Enteignung von  
568 Millionen arbeitender Menschen muss  
569 wieder rückgängig gemacht werden. Das  
570 ist nicht nur ein Gebot der sozialen  
571 Gerechtigkeit, sondern auch der  
572 wirtschaftspolitischen Vernunft, denn nur  
573 so kann die Binnennachfrage gestärkt  
574 werden.

575 Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört  
576 auf die Tagesordnung. Wer den  
577 Unternehmerinnen und Unternehmern und  
578 den Finanzfonds freie Hand lässt,  
579 verhindert Demokratie. Genau dies erleben  
580 wir jetzt täglich. Auch auf betrieblicher  
581 Ebene muss die Sozialbindung des  
582 Eigentums gesichert werden. In den  
583 vergangenen Jahren wurde die wachsende  
584 Unterordnung des Betriebsvermögens  
585 unter die Interessen der Investmentfonds  
586 gefeiert. Diese Fonds sind an der  
587 langfristigen Unternehmensentwicklung  
588 nicht interessiert. Massenentlassungen in  
589 florierenden Betrieben wurden normal und  
590 die Rechte der Beschäftigten Makulatur.

591 Wir fordern ein Verbot von  
592 Massenentlassungen bei allen  
593 Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet  
594 sind. Es geht jetzt darum, die ständige  
595 Enteignung der Lohnabhängigen durch  
596 Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und  
597 Lohndumping zu mildern und schrittweise  
598 umzukehren. DIE LINKE fordert deshalb,  
599 dass staatliche Hilfen nur im Tausch gegen  
600 entsprechende Eigentumsanteile der  
601 öffentlichen Hand und Belegschaften  
602 vergeben werden.

603 Nicht zuletzt brauchen wir eine neue  
604 internationale Wirtschaftspolitik. Dass  
605 Spekulanten die Handels- und  
606 Kapitalströme bestimmen und schwere  
607 Krisen auslösen, ist ein globaler Irrsinn, der  
608 nicht hinzunehmen ist. Auf europäischer  
609 Ebene müssen Regulierungs- und  
610 Aufsichtsstrukturen aufgebaut und  
611 bestehende gestärkt werden. Auf  
612 internationaler Ebene ist darüber hinaus



613 eine Reform des Währungssystems  
614 erforderlich, um die Abhängigkeit der  
615 Wechselkurse von spekulativen  
616 Kapitalbewegungen zu beenden. Es müssen  
617 Zielzonen für die Wechselkurse eingerichtet  
618 werden, um den Welthandel zu  
619 stabilisieren. Es ist wichtig, dass die  
620 Steueroasen wirklich geschlossen werden.

621 Vergesellschaftung des Finanzsektors,  
622 Demokratisierung der Wirtschaft, mehr  
623 soziale Gerechtigkeit, stärkerer  
624 Binnenmarkt und konsequenter  
625 ökologischer Umbau – diese Leitlinien sind  
626 zugleich eine wirksame Politik für kleine  
627 und mittlere Unternehmen. Diese gilt es  
628 darüber hinaus mit einer gezielten Steuer-  
629 und Förderpolitik zu unterstützen.

### 630 **DIE LINKE fordert:**

631 • private Banken vergesellschaften, den  
632 Finanzsektor öffentlicher Kontrolle  
633 unterwerfen und strikt regulieren: den  
634 privaten Bankensektor in die öffentliche  
635 Hand überführen und, entsprechend den  
636 Sparkassen, aufs Gemeinwohl verpflichten;  
637 Leerverkäufe, außerbilanzielle  
638 Zweckgesellschaften, Derivate, Hedge-  
639 Fonds und Private-Equity-Gesellschaften  
640 verbieten; Steueroasen austrocknen;  
641 zinsgünstige Finanzierung sinnvoller  
642 Investitionen gewährleisten; kleinen und  
643 mittleren Unternehmen sowie  
644 Konsumentinnen und Konsumenten faire  
645 Konditionen bieten; kostenloses Girokonto  
646 für jede und jeden ermöglichen;  
647 Börsenumsatzsteuer am Finanzplatz  
648 Deutschland und möglichst international  
649 einführen; Europäische Zentralbank  
650 reformieren;

651 • Zukunftsprogramm für zwei Millionen  
652 Arbeitsplätze auflegen: mit Investitionen  
653 von 100 Milliarden Euro pro Jahr in Bildung,  
654 Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und  
655 Verkehr die Krise bekämpfen;  
656 Zukunftsfonds für eine nachhaltige  
657 Wirtschaft einrichten und mit 100  
658 Milliarden Euro für die zukunftsfähige,  
659 sozial-ökologische Entwicklung industrieller  
660 Arbeitsplätze, Unterstützung der  
661 Unternehmen bei der Umstellung der  
662 Produktion auf energie- und  
663 rohstoffeffiziente Verfahren und  
664 Qualitätsprodukte ausstatten; eine Million  
665 dieser Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst  
666 schaffen sowie 500.000 Arbeitsplätze in

667 einem öffentlich geförderten,  
668 gemeinnützigen Beschäftigungssektor;

669 • Verteilung von Einkommen und  
670 Vermögen gerechter gestalten: deutlich  
671 höherer Anteil der Löhne am  
672 Volkseinkommen und gerechte  
673 Steuerpolitik, welche die  
674 Vermögenseinkommen, große Erbschaften  
675 und Finanzgeschäfte wesentlich stärker  
676 belastet als bisher; Millionärssteuer für die  
677 Bewältigung der Krisenlasten;

678 • Wirtschaft demokratisieren:  
679 Belegschaften an den großen Unternehmen  
680 beteiligen; staatliche Hilfen nur im Tausch  
681 gegen entsprechende Eigentumsanteile der  
682 öffentlichen Hand und Belegschaften  
683 vergeben; Verbot von Massenentlassungen  
684 bei Unternehmen, die nicht  
685 insolvenzgefährdet sind; paritätische  
686 Mitbestimmung in allen Betrieben ab 100  
687 Beschäftigten;

688 • nachhaltige Landwirtschaft ausweiten:  
689 Anteil des ökologischen Landbaus erhöhen,  
690 Spekulation mit Agrarrohstoffen und Boden  
691 verhindern; Einsatz von Mineraldüngern  
692 und Pflanzenschutzmitteln verringern; den  
693 Tierschutz bei der Haltung und beim  
694 Transport deutlich verbessern;  
695 Preisdumping der Handelsketten zu Lasten  
696 der Bäuerinnen und Bauern unterbinden;  
697 Agro-Gentechnik verbieten; Absenken der  
698 Kennzeichnungspflicht von gentechnischen  
699 Bestandteilen in Nahrung und Futtermitteln  
700 bis zur Nachweisgrenze von 0,1 Prozent;  
701 gentechnikfreie Regionen und Initiativen  
702 unterstützen; EU-Subventionen für soziale  
703 und ökologische Leistungen der  
704 Agrarbetriebe einsetzen und ihre Verteilung  
705 transparent machen; naturnahe  
706 Waldbewirtschaftung fördern, gleichwertige  
707 Lebensbedingungen auch in Dörfern und  
708 kleinen Städten sichern;

709 • öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen  
710 statt privatisieren: bereits erfolgte  
711 Privatisierungen zurücknehmen;  
712 Unternehmen der Daseinsvorsorge  
713 rekommunalisieren und den öffentlichen  
714 Sektor ausbauen;

715 • kleine und mittlere Unternehmen  
716 wirksamer schützen: bessere  
717 Abschreibungsregeln schaffen, IHK-  
718 Beiträge bis zu einem Gewerbeertrag von  
719 30.000 Euro aussetzen; Vorschriften für die

720 Auftragsvergabe an und von  
721 Großunternehmen verschärfen (kleine  
722 Lose); strikteres Wettbewerbs- und  
723 Kartellrecht gegen Strom- und  
724 Gaskonzerne schaffen; Durchsetzung von  
725 Forderungen gesetzlich erleichtern;

726 • eine solidarische Ökonomie  
727 unterstützen: Genossenschaften stärker  
728 fördern, ihnen die Instrumente der  
729 Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stellen.

### 730 **2.3. Gesellschaft ökologisch** 731 **umbauen**

732 „Wir gehen mit dieser Welt um, als hätten  
733 wir eine zweite im Kofferraum.“  
734 **Jane Fonda**

735 Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit  
736 und ein radikaler ökologischer Umbau  
737 unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen  
738 sind zwei Seiten einer Medaille. So ist  
739 ambitionierter Klimaschutz nicht nur  
740 wichtig für den Erhalt unserer natürlichen  
741 Umwelt, sondern zugleich ein Beitrag zum  
742 Kampf um globale soziale Rechte,  
743 verschärft der fortschreitende Klimawandel  
744 doch das tägliche Ringen von Millionen  
745 Menschen ums Überleben. Die konkrete  
746 Ausgestaltung von Umweltpolitik darf  
747 jedoch nicht zu einer weiteren sozialen  
748 Spaltung der Gesellschaft in „Arm und  
749 Reich“ führen. Bezahlbare Energie und  
750 Mobilität muss auch für  
751 einkommensschwache  
752 Bevölkerungsschichten gewährleistet  
753 bleiben.

### 754 **Das fossil-atomare Zeitalter beenden**

755 Eine konsequente Energiewende hin zu  
756 erneuerbaren Energien ist eine zentrale  
757 Investition in ein ökologisches und  
758 friedliches 21. Jahrhundert. Im Kampf  
759 gegen den Klimawandel müssen die  
760 Treibhausgasemissionen in Deutschland bis  
761 zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbiert  
762 und bis Mitte des Jahrhunderts um  
763 mindestens 90 Prozent gesenkt werden.  
764 Wer heute auf regenerative Energien setzt  
765 und das Wissen für eine nachhaltige  
766 Energieversorgung mit Schwellen- und  
767 Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen  
768 nicht an Ressourcenkriegen um Öl und Gas  
769 beteiligen. Als Etappenziel fordert die

770 LINKE für 2020: Im Strombereich soll der  
771 Anteil erneuerbare Energie mindestens die  
772 Hälfte, im Wärme- und Kältesektor ein  
773 Viertel betragen. Besonders wichtig ist  
774 dabei die dezentrale Energieversorgung in  
775 öffentlicher Hand.

776 Die Energiewende kann nur gelingen, wenn  
777 gleichzeitig die Energieeffizienz deutlich  
778 erhöht und im großen Maßstab Energie  
779 eingespart wird. Wir brauchen eine  
780 ökologisch-technische Effizienzrevolution,  
781 eingebettet in alternative Lebensstile. Nicht  
782 nur das Erdölzeitalter geht unwiderruflich  
783 zu Ende. Auch andere Rohstoffe werden  
784 knapp. Deshalb muss mittelfristig in  
785 Deutschland der komplette Energiebedarf  
786 aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden.

787 Wissenschaftliche Untersuchungen  
788 belegen: Eine Energieversorgung aus  
789 erneuerbaren Energien ohne Atomkraft und  
790 ein mittelfristiger Ausstieg aus der  
791 Kohleverstromung sind möglich.

792 Der rotgrüne Atomkonsens von 2000 ist  
793 Nonsense, denn die garantierten  
794 Restlaufzeiten dienen zuallererst den  
795 Profitinteressen der Atomindustrie. Der  
796 Betrieb von Atomanlagen birgt jedoch  
797 unverantwortlich hohe Risiken; eine sichere  
798 Endlagerung von Atommüll für eine Million  
799 Jahre und mehr ist nicht zu gewährleisten.  
800 Das Fiasko in den Atommülllagern Asse  
801 und Morsleben zeigt, wie fahrlässig die  
802 bisherige Praxis ist. DIE LINKE fordert  
803 darum die unverzügliche und  
804 unumkehrbare Stilllegung aller  
805 Atomanlagen sowie ein Verbot für den  
806 Export von Atomtechnik.  
807 Atommülltransporte müssen unterbleiben.

808 Wir wollen die Energiekonzerne in  
809 öffentliches Eigentum überführen und einer  
810 demokratischen Kontrolle unterstellen. Das  
811 Energiekartell muss entflochten, die  
812 Energiemonopole müssen schrittweise  
813 aufgelöst und die Energieversorgung  
814 weitgehend rekommunalisiert werden.

### 815 **Ökologisch umsteuern in Wirtschaft,** 816 **Verkehr und Landwirtschaft**

817 Der Verkehr ist der einzige Sektor in  
818 Deutschland, der steigende  
819 Klimabelastungen verursacht. DIE LINKE  
820 kämpft daher für eine ökologische  
821 Verkehrswende. Öffentlicher Verkehr muss  
822 massiv ausgebaut und erheblich

823 preiswerter werden. Mobilität als eine  
824 Voraussetzung für Teilhabe von Menschen  
825 am gesellschaftlichen Leben darf nicht vom  
826 Geldbeutel abhängen. Langfristig streben  
827 wir einen kostenlosen Nahverkehr an.

828 Das Streckennetz der Bahn und das  
829 Angebot des Nahverkehrs müssen wieder  
830 wachsen. Die Privatisierung der Bahn und  
831 von Nahverkehrsunternehmen lehnen wir  
832 ab. Mit Hilfe einer aktiven Verkehrs-,  
833 Struktur- und Regionalplanung ist eine  
834 Strategie der kurzen Wege zu etablieren.  
835 Fuß- und Fahrradverkehr müssen erheblich  
836 stärker gefördert werden.

837 Der Treibstoff- bzw. Energieverbrauch aller  
838 Verkehrsträger ist stark zu vermindern.  
839 Agrosprit ist keine Alternative zu einer  
840 grundlegenden Wende in der  
841 Verkehrspolitik. Der vermehrte Anbau  
842 großflächiger Monokulturen für Agrosprit  
843 verschärft den Welthunger und  
844 beschleunigt die Abholzung von  
845 Tropenwäldern. Die Nutzung von  
846 organischen Abfällen und  
847 „Energiepflanzen“, um Wärme und Energie  
848 zu gewinnen, ist wesentlich effizienter als  
849 die Nutzung für Treibstoffe.

850 Flugverkehr ist das umweltschädlichste  
851 aller Fortbewegungsmittel – und  
852 gleichzeitig das am meisten  
853 subventionierte. Flug- und Schiffsbenzin  
854 sind endlich zu besteuern und die Befreiung  
855 des internationalen Flugverkehrs von der  
856 Mehrwertsteuer aufzuheben.

#### 857 **DIE LINKE fordert:**

858 • Vollständiger Umbau der  
859 Energiewirtschaft: erneuerbare Energien  
860 bis zur regenerativen Vollversorgung  
861 konsequent und schnell vorantreiben; das  
862 Erneuerbare-Energien-Gesetz noch  
863 wirksamer ausgestalten; Wärme aus  
864 erneuerbarer Energie und Kraft-Wärme-  
865 Kopplung vorantreiben; Einführung eines  
866 Energiesparfonds mit einem Fokus auf  
867 Förderprogramme für  
868 einkommensschwache Haushalte;  
869 strengere ordnungsrechtliche Standards für  
870 den Energieverbrauch von Büro- und  
871 Haushaltsgeräten, u.a. ein Verbot so  
872 genannter Standby-Schaltungen mit einem  
873 Verbrauch von über 1 Watt; „Top-Runner“-  
874 Programme für Elektrogeräte, in denen alle  
875 drei Jahren das energie- und

876 ressourcensparendste Gerät als  
877 gesetzlicher Mindeststandard  
878 festgeschrieben wird; energetische  
879 Sanierung des Gebäudebestandes und  
880 Klimaneutralität von Neubauten;  
881 bundesrechtliche Vorgaben für eine  
882 ökologische Bauleitplanung; unverzüglicher  
883 und unumkehrbarer Ausstieg aus der  
884 Atomwirtschaft; Vergesellschaftung der  
885 Strom- und Gasnetze; Rekommunalisierung  
886 zentraler Teile der Energieversorgung;  
887 Sozialtarife verbindlich einführen;  
888 Besteuerung der Extraprofite der  
889 Energiekonzerne aus dem  
890 Emissionshandel; Wiedereinführung der  
891 Strom- und Gaspreisaufsicht durch die  
892 Länder und Schaffung von  
893 Verbraucherbeiräten in der Preisaufsicht;  
894 Versteigerung statt kostenlose Vergabe  
895 von Emissionszertifikaten;  
896 Versteigerungserlöse für den Klimaschutz  
897 und zur sozialen Abfederung der  
898 Energiewende einsetzen; keine  
899 Agroenergie-Importe aus dem Nicht-EU-  
900 Ausland und Fokus bei der  
901 Biomassenutzung auf der gekoppelten  
902 Erzeugung von Strom und Wärme;

903 • ökologischer Umbau der Wirtschaft:  
904 Produktionsprozesse und Produkte  
905 nachhaltig gestalten; regionale  
906 Wirtschaftskreisläufe stärken; Abbau von  
907 umweltschädlichen Subventionen und  
908 Steuerbefreiungen; Wirtschafts- und  
909 Forschungsförderung sozial- und  
910 umweltgerecht ausrichten; strenge  
911 Kriterien bei der Zulassung und  
912 Registrierung von chemischen Stoffen;  
913 Ablehnung der Abfallverbrennung als  
914 Regelverfahren, stattdessen Vorrang für  
915 alternative Verfahren wie die mechanisch-  
916 biologischer Abfallbehandlung; Standards  
917 für existierende Verbrennungsanlagen  
918 unverzüglich auf den Stand der Technik  
919 anheben; Verbot des  
920 grenzüberschreitenden Exports von  
921 Abfällen;

922 • umweltgerechte Mobilität für alle:  
923 massiver Ausbau des öffentlichen  
924 Verkehrs; dauerhafte Aufstockung der  
925 Investitionsmittel für die Schiene auf  
926 mindestens 2,5 Mrd. Euro pro Jahr;  
927 Regionalisierungsmittel erhöhen;  
928 Personenfernverkehr auf der Schiene durch  
929 ein Fernverkehrs-Gesetz sichern und  
930 ausweiten; Mehrwertsteuer für den  
931 Schienenpersonenfernverkehr auf den

932 ermäßigten Satz von sieben Prozent  
933 senken; flächendeckende Einführung von  
934 Sozialtickets und einer Sozial-Bahncard für  
935 einkommensschwache Haushalte;  
936 Fahrradmitnahme in ICE-Zügen; Tempolimit  
937 von 120 Stundenkilometern auf  
938 Autobahnen; Rücknahme der  
939 bürgerfeindlichen Beschleunigungsgesetze  
940 für die Verkehrswegeplanung; Reform der  
941 Bundesverkehrswegeplanung; Einführung  
942 von Monster-Lkw (Gigaliner) verbieten;  
943 Verlängerung der Ende 2009 auslaufenden  
944 steuerlichen Förderung des Einbaus von  
945 Rußfiltern in Pkw; Subventionierung von  
946 Flughäfen beenden; Kerosinsteuer und  
947 Flugticketabgabe einführen;

948 • Natur bewahren und nachhaltig nutzen:  
949 Ausweisung und Vernetzung von  
950 Schutzgebieten vorantreiben; umfassende  
951 Informations-, Beteiligungs- und  
952 Klagerechte für Bürgerinnen und Bürger  
953 sowie Umwelt- und Naturschutzverbände;  
954 generelles Verbot von Tierversuchen, die  
955 nur in besonderen Ausnahmefällen  
956 durchgeführt werden dürfen – alternative  
957 Testmethoden müssen energischer  
958 erforscht werden; Umweltbildung stärken  
959 durch kurzfristige Umsetzung der Ziele der  
960 UN-Dekade „Bildung für nachhaltige  
961 Entwicklung“ in allen Bildungsbereichen,  
962 u.a. durch Finanzierung von Programmen  
963 und Projekten.

## 964 2.4. Demokratisierung der 965 Demokratie

966 „Eine konsequente Demokratisierung aller  
967 Lebensbereiche ist die einzige Möglichkeit,  
968 ein demokratisches System lebendig zu  
969 halten.“ **Oskar Negt, 2008**

970 Politische Freiheit und Gleichheit sind  
971 Grundbedingungen einer Demokratie. DIE  
972 LINKE steht in der Tradition der Aufklärung,  
973 der Deklaration der Menschenrechte und  
974 der Französischen Revolution. Freiheit,  
975 Gleichheit, Solidarität – für die  
976 demokratische und soziale Emanzipation  
977 streiten die Arbeiterbewegung und andere  
978 gesellschaftliche Kräfte seit über 200  
979 Jahren. Zum demokratischen Versprechen  
980 zählt die gegenseitige Anerkennung aller  
981 als Gleiche: Jede Stimme zählt gleich viel,  
982 und immer besteht die Chance auf

983 Veränderung einer einmal entstandener  
984 Mehrheit.

985 Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen  
986 und Abstimmungen. Zur Demokratie gehört  
987 der aktive Schutz der Bürger- und  
988 Grundrechte. Wir setzen uns dafür ein,  
989 dass im Parlament und anderswo Gesetze  
990 und staatliches Handeln wieder an Grund-  
991 und Bürgerrechten gemessen werden. In  
992 den vergangenen Jahren sind die  
993 Verflechtungen zwischen Politik und  
994 Wirtschaft enger geworden. DIE LINKE  
995 kritisiert seit langem, dass Unternehmen  
996 bezahlte Lobbyisten und Lobbyistinnen in  
997 Bundesministerien entsenden.

998 Demokratie ist mehr als ein formales  
999 Regelwerk. Sie muss Tag für Tag von  
1000 Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden.  
1001 DIE LINKE setzt sich daher für eine  
1002 umfassende Demokratisierung aller  
1003 gesellschaftlichen Bereiche ein.  
1004 Bürgerinnen und Bürger sollten die  
1005 Möglichkeit haben, auch einzelne  
1006 bedeutende Fragen der Regierungspolitik  
1007 direkt mit beeinflussen zu können. Deshalb  
1008 brauchen wir neue Verfahren der  
1009 Bürgerbeteiligung.

1010 Zur Demokratie gehört eine starke  
1011 kommunale Selbstverwaltung. Wenn aber  
1012 den Städten und Gemeinden das Geld fehlt,  
1013 wird nur noch der Mangel verwaltet.  
1014 Kommunale Selbstverwaltung und  
1015 demokratische Partizipation werden damit  
1016 ad absurdum geführt. Seit vielen Jahren  
1017 versprechen Bund und Länder eine  
1018 Gemeindefinanzreform – passiert ist  
1019 bislang nichts.

### 1020 **DIE LINKE fordert:**

1021 • keine Grund- und Freiheitsrechte  
1022 einschränken und umfassende Transparenz  
1023 und Kontrolle staatlichen Handelns  
1024 herstellen: kostenfreien Zugang zu  
1025 Informationen der öffentlichen Verwaltung  
1026 sowie Transparenz bei allen  
1027 Entscheidungen sichern;

1028 • Wirtschaftsinteressen und Politik klar  
1029 trennen: Abgeordnete dürfen nicht auf den  
1030 Gehaltslisten von Wirtschaftsverbänden  
1031 und Großbetrieben stehen, Parteien keine  
1032 Spenden von Verbänden, Großbetrieben  
1033 und ihren Eigentümerinnen und  
1034 Eigentümern annehmen;

- 1035 • Wahlrecht ausbauen: aktives und  
1036 passives Wahlrecht für alle Menschen, die  
1037 ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland  
1038 haben; das Wahlalter auf 16 Jahre  
1039 absenken;
- 1040 • direkte Demokratie stärken:  
1041 Volksinitiativen, Volksbegehren und  
1042 Volksentscheide auf Bundesebene  
1043 einführen; obligatorische  
1044 Volksabstimmungen bei wichtigen  
1045 Änderungen des Grundgesetzes vorsehen;
- 1046 • Petitionsrecht bürger näher und  
1047 transparenter gestalten: Sitzungen des  
1048 Petitionsausschusses für Bürgerinnen und  
1049 Bürger öffnen; die Bedeutung von Massen-  
1050 und Sammelpetitionen stärken und das  
1051 erforderliche Quorum für eine öffentliche  
1052 Anhörung von 50.000 Unterschriften auf  
1053 20.000 herabsetzen;
- 1054 • Finanzielle Handlungsfähigkeit der  
1055 Kommunen sicherstellen: eine  
1056 Gemeindefinanzreform auf den Weg  
1057 bringen; die wirtschaftliche Betätigung der  
1058 Kommunen in kommunalen Unternehmen  
1059 bundes- und europarechtlich sichern; die  
1060 kommunale Daseinsvorsorge  
1061 gewährleisten;
- 1062 • Anteile der Kommunen an den  
1063 Gemeinschaftssteuern neu ordnen: aus  
1064 Bundesmitteln kommunale  
1065 Investitionszuschüsse an finanzschwache  
1066 Kommunen in Ost und West zahlen; den  
1067 kommunalen Finanzausgleich in den  
1068 Ländern im Sinne der Chancengleichheit  
1069 zwischen den Kommunen verbessern.

## 1070 **2.5. Vielfältig und verlässlich –** 1071 **Familien stärken**

1072 *„In Deutschland wächst die Kluft zwischen*  
1073 *den Kindern, die gesund, abgesichert und*  
1074 *gefördert aufwachsen, und solchen, deren*  
1075 *Alltag durch Hoffnungslosigkeit, Mangel*  
1076 *und Ausgrenzung geprägt ist.“*  
1077 **UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in**  
1078 **Deutschland 2008**

- 1079 Alle Menschen, die füreinander soziale  
1080 Verantwortung übernehmen, brauchen  
1081 gesellschaftliche Unterstützung. Ob  
1082 Eheleute, Partnerschaften ohne Trauschein,  
1083 homosexuelle Eltern, Alleinerziehende oder

1084 „Patchwork-Familien“ – sie alle brauchen  
1085 mehr Zeit, eine hochwertige,  
1086 flächendeckend erreichbare Infrastruktur  
1087 und gezielte soziale Leistungen.

1088 CDU/CSU und SPD rühmen sich, viel für  
1089 Kinder und Familien zu tun. Doch statt  
1090 Verlässlichkeit zu stärken, werden seit  
1091 vielen Jahren Sozialleistungen abgebaut.  
1092 Solidarität und Verantwortung werden den  
1093 Einzelnen überlassen. Kinderarmut in  
1094 Deutschland hat erschreckende Ausmaße  
1095 angenommen. Beruf und Familie lassen  
1096 sich nur selten vereinbaren, insbesondere  
1097 nicht für Frauen. Besonders in  
1098 Westdeutschland mangelt es an  
1099 öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten.  
1100 Durch das Elterngeld sind manche finanziell  
1101 besser, aber eine Mehrheit schlechter  
1102 gestellt worden.

1103 Offiziell werden in unserer Gesellschaft alle  
1104 Familienformen akzeptiert. Doch die  
1105 Wirklichkeit sieht noch anders aus. Unser  
1106 Steuersystem begünstigt mit dem  
1107 „Ehegattensplitting“ eine traditionelle  
1108 Arbeitsteilung zwischen Ehepartnern,  
1109 unabhängig davon, ob sie Kinder haben.  
1110 Alleinerziehend zu sein ist nach wie vor  
1111 eines der größten Armutsrisiken – 43  
1112 Prozent der Alleinerziehenden sind auf  
1113 Hartz IV angewiesen. Insgesamt sind es gut  
1114 2,5 Millionen Kinder, die von zu niedrigen  
1115 Hartz IV-Regelsätzen leben müssen.

1116 DIE LINKE setzt sich für eine  
1117 emanzipatorische und sozial gerechte  
1118 Familienpolitik ein. Alle Bürgerinnen und  
1119 Bürger – gleich welchen Alters – müssen  
1120 ein Leben in Würde führen und sich optimal  
1121 entwickeln können. Familienpolitik und die  
1122 Gleichstellung von Frauen und Männern  
1123 müssen dabei Hand in Hand gehen,  
1124 Erwerbs- und Familienarbeit gerecht  
1125 zwischen den Geschlechtern verteilt  
1126 werden.

### 1127 **DIE LINKE fordert:**

- 1128 • Gebührenfreie öffentliche  
1129 Kinderbetreuung flächendeckend  
1130 garantieren: Rechtsanspruch auf einen  
1131 gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz  
1132 für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr  
1133 einführen; Öffnungszeiten der  
1134 Betreuungseinrichtungen flexibel gestalten;
- 1135 • Elterngeld zu einem sozial ausgestalteten  
1136 Elterngeldkonto weiterentwickeln: für Väter

1137 und Mütter einen nicht übertragbaren  
1138 gleichen Anspruch auf jeweils zwölf, für  
1139 Alleinerziehende 24 Monate schaffen;  
1140 Inanspruchnahme in Teilabschnitten von  
1141 mindestens zwei Monaten bis zur  
1142 Vollendung des siebten Lebensjahres des  
1143 Kindes ermöglichen;

1144 • höherer Regelsatz sofort für Kinder und  
1145 Jugendliche, die Leistungen nach Hartz IV  
1146 beziehen: den Regelsatz sofort deutlich  
1147 anheben; jungen Erwachsenen ab dem 18.  
1148 Lebensjahr einen Anspruch auf eine eigene  
1149 Haushaltsführung außerhalb des  
1150 Elternhauses verschaffen; einen  
1151 eigenständigen  
1152 Mindestsicherungsanspruch für Kinder  
1153 unter Berücksichtigung von eigenem  
1154 Einkommen und Unterhaltsansprüchen  
1155 einführen;

1156 • Kinderarmut dauerhaft verhindern: den  
1157 bedarfsorientierten Kinderzuschlag und das  
1158 Kindergeld sofort auf je 200 Euro erhöhen;  
1159 beide Leistungen zu einer  
1160 bedarfsorientierten Kindergrundsicherung  
1161 zusammenführen und ausbauen;  
1162 familienpolitische Leistungen für alle in  
1163 Deutschland lebenden Kinder und Familien  
1164 unabhängig von Staatsbürgerschaft und  
1165 Aufenthaltsstatus auszahlen;

1166 • finanzielle Situation von  
1167 Alleinerziehenden erleichtern:  
1168 Unterhaltsvorschussleistungen nicht beim  
1169 Wohngeld anrechnen; die volle Anrechnung  
1170 des Kindergeldes rückgängig machen und  
1171 die zeitlichen Beschränkungen bei der  
1172 Bezugsberechtigung abschaffen;

1173 • Pflegende unterstützen: Leistungen der  
1174 Pflegeversicherung, insbesondere  
1175 ambulante Sachleistungsbeträge, deutlich  
1176 anheben und jährlich anpassen;

1177 • Ehegattensplitting abschaffen:  
1178 individuelle Besteuerung einführen;  
1179 tatsächliche Betreuungs- und  
1180 Pflegeleistungen sowie das  
1181 Zusammenleben mit Kindern steuerlich  
1182 fördern;

1183 • alle Familienformen gleichstellen:  
1184 Adoptionsrecht für lesbische und schwule  
1185 Paare einführen.

1186

## 1187 2.6. Mehr Einheit wagen

1188 „Ein Jugendlicher, der aus Schwerin seinem  
1189 Ausbeutungsverhältnis bis nach Bayern  
1190 hinterher reisen muss, kann sich schwerlich  
1191 frei fühlen.“ **Matthias Wedel**

1192 Weite Teile Ostdeutschlands und eine  
1193 wachsende Zahl von Landkreisen und  
1194 Städten im Westen leiden unter  
1195 besonderen regionalen Problemen.  
1196 Massenhaft fehlen Arbeitsplätze, die  
1197 Jüngeren wandern ab, und Schulen  
1198 schließen. Als einzige Partei unterstützt DIE  
1199 LINKE das Ziel, für gleichwertige  
1200 Lebensverhältnisse in den Regionen zu  
1201 sorgen. Auch nach zwei Jahrzehnten  
1202 „Aufbau Ost“ spüren die Menschen in den  
1203 östlichen Bundesländern, dass grundle-  
1204 gende Probleme immer noch ungelöst sind.  
1205 Landkarten, auf denen die Verteilung von  
1206 Arbeitslosigkeit, Einkommen, Investitionen,  
1207 Steuerkraft oder anderen wirtschaftlichen  
1208 und sozialen Faktoren auf Länder und  
1209 Landkreise in Deutschland sichtbar  
1210 gemacht wird, bilden immer noch deutlich  
1211 erkennbar die frühere Ost-West-Teilung ab.

1212 Es fehlen dort rund zwei Millionen  
1213 Arbeitsplätze. Die Kluft zwischen den  
1214 wenigen aufsteigenden und den vielen  
1215 strukturschwachen Regionen vertieft sich.  
1216 Die Kommunen sind unterfinanziert. Der  
1217 Abstand zur Entwicklung Westdeutschlands  
1218 ist seit über zehn Jahren nicht geringer  
1219 geworden. Die Gefahr der weiteren  
1220 Abkopplung ist real. Aus diesen Gründen  
1221 sind die wichtigsten Instrumente der  
1222 Regionalpolitik auf eine verlässliche  
1223 Grundlage zu stellen. Und deshalb gilt  
1224 auch: Endlich muss im Verhältnis Ost/West  
1225 gleicher Lohn für gleiche Arbeit in gleicher  
1226 Arbeitszeit gelten. Und gleiche Rente für  
1227 gleiche Lebensleistung. Zur Herstellung der  
1228 inneren Einheit gehört nicht zuletzt ein  
1229 respektvoller Umgang mit den  
1230 unterschiedlichen Biografien aus dem  
1231 Osten Deutschlands. Die Aufarbeitung der  
1232 Geschichte der DDR ist nur als Teil der  
1233 deutschen Geschichtsschreibung möglich.

1234 Ostdeutschland braucht eine  
1235 Zukunftsperspektive. Der „Aufbau Ost“ als  
1236 „Nachbau West“, wie ihn alle anderen  
1237 Parteien immer noch auf ihre Fahne  
1238 geschrieben haben, ist gescheitert. Er  
1239 scheiterte vor allem an der  
1240 Selbstüberschätzung im Westen, nach dem

1241 Ende einer Epoche unverändert weiter  
1242 machen zu können wie bisher. Er scheiterte  
1243 an der Überheblichkeit eines Teils der  
1244 westdeutschen Eliten, wonach ohne  
1245 genaues Hinschauen feststand, dass in  
1246 Ostdeutschland nichts war und ist, was  
1247 auch für den Westen interessant gewesen  
1248 wäre – außer Grund und Boden.

1249 Die ostdeutsche Wirtschaft hat dann eine  
1250 Chance, wenn gezielt das getan wird, was  
1251 weltweit notwendig ist: auf erneuerbare  
1252 Energie und Ressourceneffizienz setzen, die  
1253 entsprechenden Technologien und  
1254 Produkte mit Macht vorantreiben.  
1255 Ostdeutschland kann in diesen global  
1256 anstehenden sozioökonomischen  
1257 Umbrüchen vorangehen. Wenn der  
1258 politische Wille da ist, und wenn die  
1259 Menschen vor Ort realistische Perspektiven  
1260 gestalten können, kann Ostdeutschland zu  
1261 einer sozial-ökologischen Modellregion  
1262 werden.

#### 1263 **DIE LINKE fordert für Ostdeutschland:**

- 1264 • den Grundsatz „Gleiche Löhne und  
1265 Gehälter bei gleicher Arbeitszeit und  
1266 gleicher Arbeit“ verwirklichen; einen  
1267 bundeseinheitlichen gesetzlichen  
1268 Mindestlohn einführen;
- 1269 • Rentenungerechtigkeit beseitigen: die  
1270 Rentenwerte Ost an West anpassen und die  
1271 niedrigeren Einkünfte höher berechnen; die  
1272 Überführungslücken und -  
1273 ungerechtigkeiten beseitigen;
- 1274 • die Solidarpakt-Mittel bis 2019 sichern  
1275 und im Rahmen regionaler Leitbilder gezielt  
1276 einsetzen;
- 1277 • Regionalplanung demokratisieren: die  
1278 Rolle von Verbänden, Vereinen, anderen  
1279 zivilgesellschaftlichen Akteuren,  
1280 Bürgerinnen und Bürgern in der  
1281 Regionalplanung stärken; regionale  
1282 Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich  
1283 verankern; Modellregionen des  
1284 sozialökologischen Umbaus gestalten;
- 1285 • flächendeckende ärztliche Versorgung in  
1286 ländlichen Räumen unter Nutzung der  
1287 Erfahrungen mit Polikliniken und  
1288 Gemeindeschwesterstationen  
1289 gewährleisten;

1290 • das öffentliche Bildungswesen erhalten,  
1291 ausbauen und modernisieren und längeres  
1292 gemeinsames Lernen organisieren;

1293 • die „Ausstattungsversprünge“  
1294 Ostdeutschlands bei der frühkindlichen  
1295 Betreuung, Bildung und Erziehung und der  
1296 vielgegliederten kulturellen Landschaft  
1297 erhalten, zum Maßstab machen, auf den  
1298 Westen übertragen und qualitativ  
1299 ausbauen;

1300 • den in Ostdeutschland besonders  
1301 ausgeprägten Niedriglohnsektor energisch  
1302 bekämpfen: tarifliche  
1303 Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen  
1304 öffentlicher Auftragsvergabe und  
1305 Ausschreibungen fördern;

#### 1306 **DIE LINKE fordert eine zukunftsfähige 1307 Regionalpolitik in Ost und West:**

1308 • „Gemeinschaftsaufgabe regionale  
1309 Wirtschaftspolitik“ deutlich besser  
1310 ausstatten und andere Ziele setzen: weg  
1311 von Export und interregionaler Orientierung  
1312 hin zur selbsttragenden Entwicklung;

1313 • Investitionszulage auf dem bis 2009  
1314 gültigen Niveau weiterführen;

1315 • in zukunftsträchtige Ressourcen und  
1316 Technologien investieren und  
1317 entsprechende Forschung und Entwicklung  
1318 gezielt fördern;

1319 • Netzwerke zwischen den  
1320 zukunftsträchtigen Unternehmen,  
1321 Hochschulen und kleinen und mittleren  
1322 Betrieben stärken;

1323 • die Energieversorgung  
1324 rekommunalisieren, weitgehend auf  
1325 erneuerbare Energien umstellen und  
1326 Landkreise und Kommunen fördern, die  
1327 regionale Energieautonomie mit  
1328 nichtfossilen Energieträgern verwirklichen  
1329 wollen.

1330

1331 **2.7. Soziale Sicherheit:**

1332 **Solidarität statt Privatisierung**  
1333 **und Armenfürsorge**

1334 „Es ist heilsam, daran erinnert zu werden,  
1335 dass der Stärkste erlahmen und der Klügste  
1336 irren kann.“ **Mahatma Gandhi**

1337 SPD und Grüne und später CDU/CSU und  
1338 SPD haben große Löcher in das soziale  
1339 Netz gerissen. Viele Menschen fürchten  
1340 Armut im Alter und den sozialen Absturz  
1341 und sorgen sich, Gesundheits- und  
1342 Pflegeleistungen nicht bezahlen zu können.  
1343 Mit Hartz IV wurden Armut und  
1344 Ausgrenzung zum Gesetz. Das ist  
1345 offensichtlich politisches Kalkül: Die  
1346 millionenfache Angst vor Hartz IV erhöht  
1347 die Möglichkeiten für Unternehmen, die  
1348 Löhne zu senken.

1349 Gegen Privatisierung und Armenfürsorge  
1350 setzen wir auf starke öffentliche  
1351 Solidarsysteme und deren verlässliche und  
1352 gerechte Finanzierung. Alle Berufsgruppen  
1353 sind einzubeziehen. Die Ausweitung der  
1354 Systeme sozialer Sicherung bezieht  
1355 schutzbedürftige Gruppen in das soziale  
1356 Netz ebenso ein, wie sie die bisherige  
1357 Privilegierung Wohlhabender beendet. Gute  
1358 soziale Sicherung ist möglich und  
1359 bezahlbar, wenn man den richtigen Weg  
1360 wählt. Das gilt für die Rente ebenso wie für  
1361 die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und  
1362 für bezahlbaren Wohnraum. Dies gilt im  
1363 Gesundheits- und Pflegebereich, in dem  
1364 auch in einer alternden Gesellschaft alle  
1365 medizinisch notwendigen Leistungen und  
1366 eine humane Pflege gewährleistet werden  
1367 müssen.

1368 Durch unsere Reformvorschläge wollen wir  
1369 Sicherheit für die Lebensplanung  
1370 ermöglichen, den Lebensstandard  
1371 verbessern und zu einem nachhaltigen  
1372 Abbau von Armut und sozialer Ausgrenzung  
1373 beitragen.

1374 Gute Arbeit und eine gerechte Finanzierung  
1375 sind die Voraussetzungen für einen guten  
1376 Sozialstaat. Wer gute Arbeit hat, kann  
1377 ausreichende Ansprüche auf soziale  
1378 Sicherungsleistungen aufbauen. Wenn gute  
1379 Arbeit und Löhne wachsen und nicht  
1380 Minijobs und prekäre Arbeit, haben die  
1381 Sozialkassen mehr Geld zur Verfügung.  
1382 Wenn Arbeitgeber paritätisch und  
1383 Besserverdienende ohne

1384 Beitragsbemessungsgrenze an der  
1385 Finanzierung der sozialen Sicherung  
1386 beteiligt sind, können gute Leistungen und  
1387 sozialer Ausgleich bezahlt werden.

1388 Dem Sozialstaat drohen angesichts der  
1389 Wirtschaftskrise Einnahmeausfälle und  
1390 zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe.  
1391 Viele Menschen befürchten, dass Union,  
1392 SPD, Grüne und FDP ihnen nicht die  
1393 Wahrheit sagen und nach der Wahl bei  
1394 allen sozialen Leistungen kürzen. DIE LINKE  
1395 garantiert: Mit uns wird es nach der Wahl  
1396 keinerlei Kürzungen der Sozialleistungen  
1397 und keine Belastung von Sozialversicherung  
1398 geben. Wir fordern alle anderen Parteien  
1399 auf, mit uns in einem überparteilichen Pakt  
1400 eine Sozialstaatsgarantie durchzusetzen.

1401 **Gute Rente**

1402 Anhaltende Massenerwerbslosigkeit, die  
1403 Ausweitung prekärer Arbeit und sinkende  
1404 Löhne führen bei immer mehr  
1405 Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in  
1406 ihrer Erwerbsbiografie und damit fehlenden  
1407 Beitragszeiten in der Rentenversicherung.  
1408 Hinzu kommen niedrigere Beiträge  
1409 aufgrund niedrigerer Löhne. Die sog.  
1410 Rentenreformen, erst von Union und FDP,  
1411 dann von SPD und Grünen, senkten zudem  
1412 das Niveau der gesetzlichen Rente  
1413 erheblich. Die Versicherten sollen diese  
1414 Kürzungen ohne Beiträge der Unternehmen  
1415 durch mehr private Vorsorge („Riester“)   
1416 ausgleichen. Doch wer erwerbslos ist oder  
1417 wenig verdient, hat nicht einmal dazu eine  
1418 wirkliche Chance. Die von der SPD/CDU  
1419 beschlossene Rente erst ab 67 Jahre ist  
1420 nicht nur eine Rentenkürzung um zwei  
1421 Jahre, sondern sie wird für die meisten eine  
1422 weitere Rentenkürzung nach sich ziehen,  
1423 da nur wenige bis zu diesem Renteneintritt  
1424 arbeiten können und dann Abschläge auf  
1425 ihre Rente hinnehmen müssen. So  
1426 potenziert sich das Risiko von Altersarmut.

1427 Die Rentenreformen der letzten Jahre  
1428 haben zu einer Teilprivatisierung der  
1429 Alterssicherung geführt, die vor allem  
1430 Versicherungskonzernen und Unternehmen  
1431 nützt. Für die Versicherten steigen die  
1432 finanziellen Belastungen und Risiken. Im  
1433 Gegensatz zur Gesetzlichen  
1434 Rentenversicherung sind die privat  
1435 angelegten Gelder zur Alterssicherung auch  
1436 vor einer Finanzkrise nicht gesichert. Das  
1437 Ziel der Lebensstandardsicherung für die



1438 Rentnerinnen und Rentner wurde  
1439 ausdrücklich aufgegeben.

1440 **DIE LINKE fordert einen grundlegenden**  
1441 **Kurswechsel in der Rentenpolitik:**

1442 • das öffentliche Solidarsystem der  
1443 gesetzlichen Rente stärken: den  
1444 Lebensstandard im Alter sichern und  
1445 langjährigen Beitragszahlerinnen und -  
1446 zahlern eine Rente deutlich oberhalb des  
1447 Grundsicherungsniveaus bieten; sämtliche  
1448 Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel  
1449 streichen, damit die Rente wieder der  
1450 Lohnentwicklung folgt;

1451 • die gesetzliche Rentenversicherung zu  
1452 einer solidarischen  
1453 Erwerbstätigenversicherung umbauen:  
1454 Selbständige, Beamtinnen und Beamte,  
1455 Politikerinnen und Politiker einbeziehen;  
1456 die Beitragsbemessungsgrenze aufheben,  
1457 die damit verbundene Rentenerhöhung  
1458 abflachen und den Spielraum für eine  
1459 solidarische Umverteilung vergrößern; auf  
1460 dieser Basis die staatliche Unterstützung  
1461 der privaten Vorsorge einstellen, die  
1462 erworbenen Ansprüche und die staatlichen  
1463 Fördermittel überführen;

1464 • Solidarausgleich in der gesetzlichen  
1465 Rente stärken: Zeiten von Erwerbslosigkeit,  
1466 Kinderbetreuung - auch vor 1992 -, Pflege  
1467 und niedrigen Löhnen aufwerten, um  
1468 Altersarmut zu verhindern; eine  
1469 eigenständige Alterssicherung für Frauen  
1470 unterstützen;

1471 • Renteneintrittsalter senken: die Rente  
1472 erst ab 67 wieder abschaffen und flexible  
1473 Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge  
1474 vor dem 65. Lebensjahr schaffen; die  
1475 Förderung der Altersteilzeit durch die  
1476 Bundesagentur für Arbeit fortsetzen und  
1477 einen erleichterten und abschlagsfreien  
1478 Zugang zu Erwerbsminderungsrenten  
1479 eröffnen;

1480 • Armut im Alter verhindern: kein Mensch  
1481 darf im Rentenalter weniger als 800 Euro  
1482 im Monat zum Leben haben;

1483 • die Rentenungerechtigkeit zwischen Ost  
1484 und West beseitigen.

1485

1486 **Gesundheit und Solidarische**  
1487 **Bürgerinnen- und Bürgerversicherung**

1488 Die Umstrukturierungen im  
1489 Gesundheitssystem zielten seit den 90er  
1490 Jahren darauf ab, es vermehrt privaten  
1491 Anbietern und den Kapitalmärkten zu  
1492 öffnen, Umverteilung zu Lasten der  
1493 gesetzlich Krankenversicherten betreiben  
1494 und es an den Wettbewerbsinteressen der  
1495 Wirtschaft auszurichten. Dieser Weg wird  
1496 auch mit dem Gesundheitsfonds  
1497 beschritten.

1498 Auch hier gilt wieder: Die Versicherten  
1499 werden zusätzlich belastet, die  
1500 Unternehmen entlastet. Der finanzielle  
1501 Druck auf Ärztinnen und Ärzte und  
1502 Krankenhäuser bleibt bestehen, und damit  
1503 die Unsicherheit bei den Patientinnen und  
1504 Patienten, ob sie die medizinisch  
1505 notwendige Versorgung erhalten.

1506 Wir haben das Ziel, die Gesetzliche  
1507 Krankenversicherung (GKV) zu einer  
1508 solidarischen Bürgerinnen- und  
1509 Bürgerversicherung zu entwickeln und auf  
1510 einer neuen Basis auszubauen. Es geht  
1511 darum, die Finanzierung sowie den  
1512 versicherten Personenkreis und damit die  
1513 Einnahmehasis auszuweiten. So wird  
1514 gesamtgesellschaftliche Solidarität auf  
1515 einer stabilen Finanzierungsbasis erreicht.

1516 **DIE LINKE fordert:**

1517 • die gesetzliche Krankenversicherung und  
1518 Pflegeversicherung reformieren, alle  
1519 Berufsgruppen und Einkommensarten in  
1520 die Finanzierung einbeziehen, die  
1521 Beitragsbemessungsgrenze aufheben und  
1522 den Sonderbeitrag für Arbeitnehmerinnen  
1523 und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und  
1524 Rentner wieder abschaffen;

1525 • den Leistungskatalog der Gesetzlichen  
1526 Krankenversicherung wieder am  
1527 medizinischen Bedarf ausrichten:  
1528 unbeschränkter Zugang für alle,  
1529 Abschaffung aller Zuzahlungen,  
1530 einschließlich der Praxisgebühr;

1531 • Patienteninteressen in den Mittelpunkt  
1532 stellen: Effektivität und Qualität nicht der  
1533 Wirtschaftlichkeit unterordnen,  
1534 Medikamente durch die Einführung einer  
1535 Positivliste mit festen Preisen bezahlbar  
1536 machen, die Mehrwertsteuer für  
1537 Arzneimittel auf den ermäßigten Satz von

1538 sieben Prozent senken; die Rechte von  
 1539 Patienten und Pflegebedürftigen ausbauen  
 1540 und stärken;

1541 • Die bedarfsgerechte, wohnortnahe  
 1542 Versorgung für alle sicher stellen: die  
 1543 Privatisierung von Krankenhäusern stoppen  
 1544 bzw. rückgängig machen; die staatliche  
 1545 Krankenhausplanung und -finanzierung  
 1546 erhalten; dem Mangel an Ärztinnen und  
 1547 Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern auf dem  
 1548 Land durch planmäßige  
 1549 Nachwuchsförderung, gute Bezahlung  
 1550 sowie ein enge Vernetzung ambulanter und  
 1551 stationärer Einrichtungen (Polikliniken),  
 1552 durch Schaffung von  
 1553 Gemeindegewerbestationen und durch  
 1554 gezielte Förderung von Landarztsitzen  
 1555 entgegensteuern;

1556 • Gesundheitsförderung konsequent  
 1557 betreiben: Gesundheitsförderung schon bei  
 1558 der Schwangerenbetreuung beginnen und  
 1559 im Kinder- und Jugendalter unter  
 1560 Einbeziehung der Bildungseinrichtungen  
 1561 fortführen; ein Präventionsgesetz  
 1562 einführen, um das Auftreten von  
 1563 Krankheiten möglichst zu verhindern  
 1564 beziehungsweise sie frühzeitig zu erkennen  
 1565 und zu behandeln;

1566 • Pflegenotstand beseitigen: das  
 1567 Pflegepersonal besser und tariflich  
 1568 bezahlen, die Pflegesätze den Bedürfnissen  
 1569 der Pflegebedürftigen anpassen, die  
 1570 stationäre Versorgung von  
 1571 Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern  
 1572 verbessern; einheitliche Personalschlüssel  
 1573 entwickeln, die ganzheitliche Pflege  
 1574 ermöglichen, Angehörige und Pflegende  
 1575 beraten und finanziell und sozialrechtlich  
 1576 besser stellen.

1577 **Erwerbslosigkeit verhindern,**  
 1578 **Arbeitslosenversicherung stärken,**  
 1579 **Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten**

1580 Erwerbslosigkeit ist nicht nur ein  
 1581 konjunkturelles, sondern auch ein  
 1582 strukturelles Problem. Es muss durch eine  
 1583 nachhaltige öffentliche Investitionspolitik,  
 1584 durch eine sozialökologische  
 1585 Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik,  
 1586 durch Schaffung guter Arbeit und durch  
 1587 Beschäftigungspolitik gelöst werden. Den  
 1588 Niedriglohnsektor auszuweiten und den  
 1589 Druck auf Erwerbslose zu erhöhen, wie mit  
 der Agenda 2010 geschehen, gehört zu

1591 den schwerwiegenden Fehlern der  
 1592 Schröder-Fischer-Politik. Die Spaltung der  
 1593 Erwerbslosen in noch "aussichtsreiche"  
 1594 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im  
 1595 ALG I und in "arbeitsmarktferne"  
 1596 Almosenempfängerinnen und -empfänger  
 1597 im sogenannten Fürsorgesystem des ALG II  
 1598 muss überwunden werden. Die massive  
 1599 Senkung der Beitragssätze in der  
 1600 Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf  
 1601 2,8%, war ein Milliarden Geschenk an die  
 1602 Unternehmerinnen und Unternehmer.  
 1603 Langzeitarbeitslose haben wie alle  
 1604 Arbeitssuchenden Anspruch auf eine gute  
 1605 Beratung und Unterstützung bei ihrer  
 1606 Arbeitsplatzsuche.

1607 **Die Linke fordert:**

1608 • den Schutz durch die  
 1609 Arbeitslosenversicherung verbessern:  
 1610 Kurzarbeitergeld in der Krise verlängern  
 1611 und ausweiten, Erstattungspflichten für  
 1612 Unternehmen nach der Krise erhöhen, die  
 1613 Einrichtung von Auffang- und  
 1614 Beschäftigungsgesellschaften erleichtern,  
 1615 die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes  
 1616 verlängern;

1617 • die aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen:  
 1618 die Weiterbildung stärken, einen öffentlich  
 1619 geförderten Beschäftigungssektor mit  
 1620 sozialversicherungspflichtigen  
 1621 Arbeitsverhältnissen schaffen und die  
 1622 Ansprüche auf Förderung als eine  
 1623 Versicherungsleistung verankern;

1624 • Hartz IV abschaffen und damit die  
 1625 schädlichen Wirkungen auf den  
 1626 Arbeitsmarkt beseitigen: alle Erwerbslosen  
 1627 als arbeitslose Arbeitnehmerinnen und  
 1628 Arbeitnehmer gleich behandeln; den  
 1629 gleichen Zugang zu arbeitsmarktpolitischen  
 1630 Integrationsleistungen herstellen und alle  
 1631 Ein-Euro-Jobs in  
 1632 sozialversicherungspflichtige tariflich  
 1633 bezahlte Arbeitsverhältnisse umwandeln;

1634 • Hartz IV durch eine bedarfsdeckende und  
 1635 sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen,  
 1636 die Armut tatsächlich verhindert und die  
 1637 Bürgerrechte der Betroffenen achtet:

1638 - Anspruch für alle in der  
 1639 Bundesrepublik lebenden Menschen,  
 1640 die über kein ausreichendes  
 1641 Einkommen und Vermögen verfügen,  
 1642 um ihren Mindestbedarf zu decken;

1643 - Anhebung des Regelsatzes auf 500  
 1644 Euro bis zur Einführung einer  
 1645 bedarfsdeckenden und sanktionsfreien  
 1646 Mindestsicherung;

1647 - angemessene Wohnkosten in Höhe  
 1648 der tatsächlichen Aufwendungen  
 1649 ersetzen (Maßstab: Kriterien sozialer  
 1650 Wohnungsbau plus zehn Prozent,  
 1651 Bruttowarmmiete);

1652 - die Schnüffelpraxis der  
 1653 Wohnungsbesuche einstellen;

1654 - die Bedarfsgemeinschaft abschaffen,  
 1655 das Individualprinzip auf der Basis der  
 1656 gesetzlichen Unterhaltspflichten  
 1657 einführen;

1658 - die Vermögensfreigrenzen auf 20.000  
 1659 Euro pro Person heraufsetzen und das  
 1660 Schonvermögen für die Altersvorsorge  
 1661 auf 700 Euro pro Lebensjahr anheben;

1662 • die Zumutbarkeit von Arbeit an neue  
 1663 Bedingungen knüpfen: Existenz sicherndes  
 1664 Einkommen schaffen, die berufliche  
 1665 Qualifikation in Wert stellen, am vorherigen  
 1666 Verdienst orientieren, die Ansprüche an  
 1667 Flexibilität und Pendelzeiten senken, die  
 1668 politische und religiöse Gewissensfreiheit  
 1669 achten, freiwillige Teilnahme an  
 1670 arbeitsmarktpolitischen  
 1671 Förderprogrammen.

1672 **Bezahlbaren Wohnraum sichern**

1673 Während einkommensstarke Haushalte nur  
 1674 13 bis 14 Prozent ihres Einkommens für die  
 1675 Wohnkosten aufwenden, steigt dieser Wert  
 1676 bei Haushalten mit mittleren Einkommen  
 1677 auf 26 bis 29 Prozent und bei  
 1678 einkommensschwachen auf bis zu 50  
 1679 Prozent. Die Zahl der überschuldeten  
 1680 Haushalte nimmt zu. Mietschulden sind  
 1681 daran wesentlich beteiligt. Vor allem  
 1682 steigen die Wohnnebenkosten für Wasser  
 1683 und Abwasser, Strom und  
 1684 Abfallentsorgung. Die Kosten für Heizung  
 1685 und Warmwasser (Öl und Gas) sind in den  
 1686 vergangenen Jahren geradezu explodiert.  
 1687 Trotzdem sieht die Bundesregierung keine  
 1688 Notwendigkeit, das Wohngeld weiter  
 1689 anzupassen.

1690 Der massenhafte Ausverkauf öffentlicher,  
 1691 bisher relativ preiswerter  
 1692 Wohnungsbestände schreitet voran. Das in  
 1693 Jahrzehnten erworbene und bis dato der

1694 sozialen Wohnungsversorgung dienende  
 1695 öffentliche Wohnungsbauvermögen wird  
 1696 zunehmend der Finanzwirtschaft  
 1697 übereignet, die durch  
 1698 Steuerabschreibungen und erwartete  
 1699 Renditen aus der Vermietung auf satte  
 1700 Profite spekuliert.

1701 **DIE LINKE will die Wohnungspolitik**  
 1702 **grundlegend erneuern:**

- 1703 • das Grundrecht auf eine
- 1704 menschenwürdige Wohnung achten:
- 1705 Räumungen auf die Straße verbieten; das
- 1706 Wohngeld bedarfsgerecht erhöhen;
- 1707 • Ausverkauf öffentlicher Wohnungen
- 1708 beenden: Rekommunalisierung fördern;
- 1709 kommunale Unternehmen von Altschulden
- 1710 entlasten; genossenschaftliches Eigentum
- 1711 an Wohnungen stärken;
- 1712 • Mittel für den Sozialen Wohnungsbau
- 1713 erhalten: Zweckentfremdung dieser Mittel
- 1714 für die Bildung von Wohneigentum
- 1715 verhindern, nur für den Mietwohnungsbau
- 1716 oder die Sanierung der Bestände
- 1717 verwenden; eine sozial ausgewogene
- 1718 Verteilung der Wohnungsbestände im
- 1719 Stadtgebiet anstreben;
- 1720 • Mieterhöhungen begrenzen: bei der
- 1721 Erstellung der Mietspiegel auch
- 1722 unveränderte Bestandsmieten einbeziehen;
- 1723 Mieterhöhungen bei Neu- und
- 1724 Wiedervermietung ohne
- 1725 Wohnwertverbesserung ausschließen;
- 1726 • Betriebskosten senken:
- 1727 verbrauchsunabhängige Betriebskosten,
- 1728 wie zum Beispiel Steuern, Versicherungen
- 1729 und Antennenkosten in die Grundmiete
- 1730 einbeziehen.

1731 **2.8. Niemanden ausgrenzen –**  
 1732 **Politik sozialer Integration**

1733 „Wenn wir Menschlichkeit wollen, müssen  
 1734 wir menschliche Verhältnisse schaffen.“  
 1735 **Bert Brecht**

1736 Soziale Ausgrenzung ist häufig Folge von  
 1737 Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Trennung,  
 1738 Verlust familiärer Bindungen, chronischen  
 1739 Erkrankungen. Sie wird oft durch  
 1740 Diskriminierungen gegenüber Frauen und  
 1741 Minderheiten verstärkt. Mit Hartz IV

1742 wurden die Lösungsangebote für Menschen  
1743 in schwierigen Lebenslagen – durch die  
1744 einseitige Fixierung auf die Erwerbsfä-  
1745 higkeit – zumeist dem „Fallmanagement“  
1746 der Arbeitsagenturen untergeordnet. Die  
1747 ganzheitliche Beratung des  
1748 bundesdeutschen Sozialrechts kam bei  
1749 Betroffenen nicht mehr an. Es ist ein  
1750 gesellschaftliches Klima entstanden, in  
1751 dem der Generalverdacht der Abzocke  
1752 regiert und das Prinzip verlassen wurde,  
1753 dass alle Menschen Bürgerrechte  
1754 genießen. Datenschutz, Freizügigkeit und  
1755 Persönlichkeitsschutz wurden mit Hartz IV  
1756 geschliffen.

1757 Menschen in prekären Lebenslagen  
1758 benötigen umfassende und zielgenaue  
1759 Hilfe. Entscheidend ist, dass die psycho-  
1760 sozialen Beratungsangebote und  
1761 Sozialdienste erreichbar sind und  
1762 fachübergreifend zusammenarbeiten.  
1763 Prävention gegen Ausgrenzung ist die  
1764 beste und preiswerteste Sozialhilfe.  
1765 Menschen sind weder Kostenfaktoren noch  
1766 illegal. Sie kommen nicht als Käuferinnen  
1767 und Käufer auf die Welt. Sie sind keine  
1768 Ware, die sich auf Unternehmerinnen und  
1769 Unternehmer der eigenen Arbeitskraft  
1770 reduzieren lassen. Linke Politik tritt dafür  
1771 ein, dass alle Menschen – unabhängig von  
1772 Alter, Geschlecht, Herkunft,  
1773 Gesundheitszustand oder sexueller  
1774 Orientierung – ein selbstbestimmtes Leben  
1775 führen können.

1776 DIE LINKE orientiert sich am  
1777 „Übereinkommen über die Rechte  
1778 behinderter Menschen“, das Deutschland  
1779 im Dezember 2008 ratifiziert hat. Quer  
1780 durch alle gesellschaftlichen und politi-  
1781 schen Bereiche ziehen sich unsere  
1782 Forderungen nach Chancengleichheit,  
1783 Barrierebeseitigung und den  
1784 diskriminierungsfreien Ausgleich. Wir  
1785 setzen uns für den  
1786 Selbstvertretungsanspruch von Menschen  
1787 mit Behinderungen ein.

1788 Deutschland ist ein Einwanderungsland.  
1789 Diese Erkenntnis wird häufig nur unter dem  
1790 Aspekt der Nützlichkeit für den  
1791 Arbeitsmarkt akzeptiert. Quoten,  
1792 Kontingente und Punktesysteme sind  
1793 Instrumente einer menschenverachtenden,  
1794 selektiven Einwanderungspolitik. Wir wollen  
1795 die Rechte und Chancen der Migrantinnen und  
1796 Migrantinnen stärken. Der Familiennachzug

1797 muss sowohl Kindern als auch gleich- und  
1798 andersgeschlechtlichen  
1799 Lebenspartnerinnen und -partnern sowie  
1800 Familienangehörigen zweiten Grades  
1801 möglich sein. Menschen, die vor Men-  
1802 schenrechtsverletzungen, Kriegen und  
1803 politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen  
1804 nicht abgewiesen oder abgeschoben  
1805 werden. Die LINKE setzt sich für das aktive  
1806 und passive kommunale Wahlrecht für jene  
1807 ein, die ihren Lebensmittelpunkt in  
1808 Deutschland haben, sowie für gleiche  
1809 Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt.  
1810 Alle Kinder, die hier geboren werden und  
1811 deren Eltern in Deutschland leben, sollen  
1812 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.  
1813 Die Einbürgerung muss wieder erleichtert  
1814 werden. Doppelte Staatsbürgerschaften  
1815 sollten grundsätzlich möglich sein.

1816 Sport kann kulturelle Verständigung und  
1817 den Abbau von Vorurteilen bewirken.  
1818 Deshalb ist eine Teilhabe aller zu  
1819 ermöglichen. Frauen, Menschen mit  
1820 Behinderungen, Migrantinnen und  
1821 Migranten sind besonders zu fördern.  
1822 Spitzen- und Breitensport sind gemeinsam  
1823 im Schul-, Freizeit- und Vereinssport  
1824 auszubauen.

#### 1825 **DIE LINKE fordert zur Sicherung sozialer** 1826 **Integration:**

1827 • Repressionspolitik mit der Abschaffung  
1828 der HartzIV-Gesetze beenden: Fallmana-  
1829 gement ganzheitlich auf die Lebenslage  
1830 Erwerbssuchender ausrichten und mit  
1831 sozialen und gesundheitlichen  
1832 Beratungsangeboten abgleichen;

1833 • ganzheitlichen Beratungsansatz durch  
1834 mehr Angebote stärken: Menschen in  
1835 schwierigen Lebenslagen wie  
1836 Überschuldung, Sucht, Wohnungslosigkeit  
1837 und anderes durch ein enges Netz  
1838 unabhängiger örtlicher Beratung stärken;

1839 • soziale Integration in unterschiedlichen  
1840 öffentlichen Räumen und Formen sichers-  
1841 tellen: Nachbarschaftstreffs,  
1842 Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen,  
1843 niedrigschwellige und strukturierende  
1844 Kulturangebote in kommunalen Räumen  
1845 unterstützen;

1846 • soziale Ausgrenzung von Migrantinnen  
1847 und Migranten beenden: Migrationspolitik  
1848 nach arbeitsmarktlichen  
1849 Nützlichkeitskriterien beenden;

1850 Familiennachzug für Kinder und  
 1851 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerinnen  
 1852 und -partner ermöglichen; keine  
 1853 Abschiebung von Menschen aus  
 1854 Kriegsgebieten und wegen politischer  
 1855 Verfolgung; aktives und passives  
 1856 kommunales Wahlrecht gewähren;  
 1857 Einbürgerung erleichtern; doppelte  
 1858 Staatsbürgerschaften ermöglichen;

1859 • Chancengleichheit für Menschen mit  
 1860 Behinderungen sichern:  
 1861 Barrierebeseitigung und  
 1862 diskriminierungsfreien Ausgleich  
 1863 umfassend herstellen, den  
 1864 Selbstvertretungsanspruch von Menschen  
 1865 mit Behinderungen anerkennen und  
 1866 fördern;

1867 • gleichberechtigte Teilhabe aller an  
 1868 sportlicher Betätigung sichern: besondere  
 1869 Sportförderung von Frauen, für Menschen  
 1870 mit Behinderungen, für Migrantinnen und  
 1871 Migranten; Breiten- und  
 1872 manipulationsfreien Spitzensport fördern.

## 1873 2.9. Für eine sozial gerechte 1874 Steuerreform

1875 „Wer reich war, schonte seine Kräfte  
 1876 Und wurde reicher durch Geschäfte;  
 1877 Verdammt zur Sense und zum Spaten  
 1878 Und Mühsal waren, die nichts hatten.“  
 1879 **Bernard Mandeville,**  
 1880 **Die Bienenfabel, 1705**

1881 DIE LINKE fordert ein verteilungsgerechtes  
 1882 Steuersystem, das kleine und mittlere  
 1883 Einkommensbezieher entlastet und  
 1884 Vermögende und steuerlich  
 1885 Leistungsfähige stärker belastet.

1886 Die Steuern für Best- und  
 1887 Besserverdienende und große  
 1888 Unternehmen wurden in den vergangenen  
 1889 zehn Jahren massiv gesenkt. Heute zahlt  
 1890 dank der damaligen Koalition von SPD und  
 1891 Grünen ein Einkommensmillionär jährlich  
 1892 über 100.000 Euro weniger Steuern als  
 1893 Ende der 90er Jahre. Noch deutlicher ist  
 1894 die Körperschaftsteuer gefallen, die bei  
 1895 Aktiengesellschaften (AG) und  
 1896 Gesellschaften mit beschränkter Haftung  
 1897 (GmbH) erhoben wird. Allein dadurch kam  
 1898 es von 2001 bis 2008 zu Steuerausfällen in  
 1899 einer Gesamtsumme von über 100

1900 Milliarden Euro gegenüber dem Stand Ende  
 1901 der 90er Jahre. Den Staat finanzieren  
 1902 mittlerweile vor allem die abhängig  
 1903 Beschäftigten. Rund drei Viertel des  
 1904 Steueraufkommens werden durch die  
 1905 Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern  
 1906 aufgebracht. Im internationalen Vergleich  
 1907 sind die auf Unternehmens- und  
 1908 Vermögenseinkommen erhobenen Steuern  
 1909 viel zu gering.

1910 Die Große Koalition setzte die von SPD und  
 1911 Grünen begonnene Fehlentwicklung fort.  
 1912 So wurden die Mehrwertsteuer von 16 auf  
 1913 19 Prozent angehoben, die  
 1914 Entfernungspauschale grundgesetzwidrig  
 1915 zurückgestutzt und gleichzeitig erneut die  
 1916 Steuer für Kapitalgesellschaften gesenkt.

## 1917 **DIE LINKE fordert, die Umverteilung von** 1918 **unten nach oben zu beenden und** 1919 **umzukehren:**

1920 • die Einkommenssteuer sozial und  
 1921 gerecht reformieren: Besteuerung nach der  
 1922 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum  
 1923 Grundprinzip machen; das Steuerrecht  
 1924 einfach und transparent gestalten;  
 1925 Personen und Familien mit niedrigen und  
 1926 durchschnittlichen Einkommen entlasten  
 1927 und Steuerpflichtige mit hohen und sehr  
 1928 hohen Einkommen stärker heranziehen;

1929 - den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro  
 1930 erhöhen, so dass mehr als 12.000 Euro  
 1931 brutto im Jahr steuerfrei bleiben;

1932 - Kapitalerträge wie Zinsen und  
 1933 Dividenden zum persönlichen  
 1934 Steuersatz versteuern statt mit einer  
 1935 Pauschalsteuer von 25%;

1936 - den Spitzensteuersatz auf 53%  
 1937 anheben;

1938 - die Steuerbelastung bis zum  
 1939 Spitzensteuersatz von 53% linear  
 1940 ansteigen lassen, der ab einem zu  
 1941 versteuernden Einkommen von 65.000  
 1942 Euro erhoben werden soll. Das bedeu-  
 1943 tet, dass Steuerpflichtige von jedem  
 1944 Euro, den sie über 84.000 Euro pro Jahr  
 1945 verdienen, 53 Cent abführen müssen  
 1946 und 47 Cent behalten können;

1947 - das Ehegattensplitting abschaffen;

1948 • die Pendlerpauschale neu regeln: die  
 1949 Fahrtkosten unabhängig vom

1950 Verkehrsmittel anerkennen, auszahlen und  
 1951 mit dem Einkommen versteuern, damit  
 1952 niedrige Einkommen nicht länger  
 1953 benachteiligt werden;

1954 • eine höhere Erbschaftssteuer realisieren:  
 1955 den Erbberechtigten einen einheitlichen  
 1956 Freibetrag in Höhe von 150.000 Euro  
 1957 gewähren; für Erbinnen und Erben, die das  
 1958 60. Lebensjahr vollendet haben, für Kinder,  
 1959 hinterbliebene Ehegatten und für eine vom  
 1960 Vererbenden benannte Person  
 1961 (beispielsweise Lebenspartnerin oder  
 1962 Lebenspartner) diesen Freibetrag  
 1963 verdoppeln; bei Wirtschaftsgütern nur das  
 1964 Anlagevermögen zur Berechnung der  
 1965 Steuer heranziehen;

1966 • die Vermögenssteuer als Millionärssteuer  
 1967 wieder einführen: Privatvermögen von über  
 1968 einer Million Euro mit mindestens fünf  
 1969 Prozent besteuern;

1970 • die Finanzmärkte regulieren: eine  
 1971 Börsenumsatzsteuer einführen;  
 1972 Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne  
 1973 aus Wertpapieren unabhängig von der  
 1974 Haltedauer zusammen mit anderen  
 1975 Einkünften zum persönlichen  
 1976 Einkommensteuersatz versteuern, den  
 1977 Sparerfreibetrag beibehalten und  
 1978 Steueroasen austrocknen;

1979 • die Senkung der Körperschaftsteuer von  
 1980 25% auf 15% zurücknehmen und die Be-  
 1981 messungsgrundlage verbreitern;

1982 • den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7  
 1983 Prozent ausweiten auf Produkte und  
 1984 Dienstleistungen für Kinder,  
 1985 apothekenpflichtige Arzneimittel und  
 1986 arbeitsintensive Dienstleistungen des  
 1987 Handwerks; für Unternehmen und  
 1988 Selbständige regeln, dass Umsatzsteuer  
 1989 nicht nach der Rechnungslegung, sondern  
 1990 erst nach dem Zahlungseingang abzuführen  
 1991 ist.

1992 **3. Für eine gerechte**  
 1993 **zukunfts offene Gesellschaft**

1994 „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen,  
 1995 ist, sie zu gestalten.“ **Willy Brandt**

1996 „Die Würde des Menschen ist  
 1997 unantastbar.“ Mit diesem Satz beginnt das  
 1998 Grundgesetz. Zur Würde des Menschen

1999 gehört die Souveränität über das eigene  
 2000 Leben, jetzt und in Zukunft. Wer von der  
 2001 Not getrieben ist, wird seiner Würde  
 2002 beraubt. Um Lebenssinn zu finden,  
 2003 brauchen wir Zukunftsgewissheit. Frauen  
 2004 und Männer wollen die Zeit für Arbeit und  
 2005 Familie, für Bildung, Kultur und Erholung  
 2006 souverän einteilen. Millionen Menschen  
 2007 aber können das nicht mehr, weil sie am  
 2008 Existenzminimum leben, keine Arbeit haben  
 2009 oder nur unsichere Jobs. Die Gesellschaft  
 2010 driftet auseinander. Sozialer Aufstieg durch  
 2011 Bildung – dieses Versprechen früherer  
 2012 Jahrzehnte – ist auf der Strecke geblieben.

2013 Zu diesem Einstieg in eine andere  
 2014 Gesellschaft gehört die Neu- und  
 2015 Umbewertung von Arbeit, damit alle  
 2016 Menschen in den vier Bereichen tätig sein  
 2017 können, auf die eine Gesellschaft  
 2018 angewiesen ist und deren Vielfalt unser  
 2019 Leben reicher macht. Das sind Arbeiten in  
 2020 Beruf und Erwerb, in Familie und  
 2021 Partnerschaft, Arbeit an sich selbst sowie  
 2022 Teilnahme am kulturellen, politischen und  
 2023 sozialen Leben. Bei radikaler Verkürzung  
 2024 der Erwerbsarbeitszeit müssen diese  
 2025 Arbeiten und diese Chancen, das  
 2026 gesellschaftliche Leben mit zu gestalten,  
 2027 gleich verteilt sein, nicht zuletzt zwischen  
 2028 den Geschlechtern.

2029 Armut und fehlende Zukunftsgewissheit  
 2030 sind kein individuelles, sondern politisches  
 2031 Versagen. Um die Ursachen der sozialen  
 2032 Spaltung zu überwinden, um Gerechtigkeit  
 2033 als Fundament der Demokratie zu stärken,  
 2034 müssen alle Menschen das Recht und die  
 2035 Chance haben, die Zukunft mit zu  
 2036 gestalten.

2037 Um zu entscheiden, wie wir morgen leben  
 2038 wollen, benötigen wir die Chance auf  
 2039 interkulturelle Erfahrungen, Gleichstellung  
 2040 und Toleranz. Wir brauchen den Zugang zu  
 2041 Wissenschafts- und Medienlandschaften,  
 2042 die der Öffentlichkeit und dem Gemeinwohl  
 2043 verpflichtet sind. Mit besserer Bildung für  
 2044 alle, mit einer ökologisch ausgerichteten  
 2045 Forschungspolitik, mit moderner  
 2046 Regionalpolitik, einem neuen Leitbild für  
 2047 den Osten und einer Weiterentwicklung der  
 2048 öffentlichen Infrastrukturen werden  
 2049 Weichen für die Zukunft gestellt, für die  
 2050 kommenden vier Jahre und darüber hinaus.

2051

2052 **3.1. Das gesellschaftliche**  
2053 **Rückgrat – die öffentliche**  
2054 **Daseinsvorsorge**

2055 „Tatsächlich gilt: Je mehr sich der Staat aus  
2056 der Fürsorge für das Leben der normalen  
2057 Menschen zurückzieht und zulässt, dass  
2058 diese in politische Apathie versinken, desto  
2059 leichter können Wirtschaftsverbände ihn –  
2060 mehr oder minder unbemerkt – zu einem  
2061 Selbstbedienungsladen machen. In der  
2062 Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die  
2063 fundamentale Naivität des  
2064 neoliberalen Denkens.“  
2065 **Colin Crouch, Postdemokratie, 2008**

2066 Den Staat zu verdammen und den Markt  
2067 als Heilsbringer zu preisen, galt jahrelang  
2068 als der Weisheit letzter Schluss.  
2069 Entsprechend haben die Regierungen  
2070 Schröder und Merkel öffentliche  
2071 Dienstleistungen erheblich gekürzt und  
2072 öffentliche Unternehmen privatisiert.  
2073 Bundesweit wurden in den vergangenen  
2074 Jahren so 150.000 Stellen gestrichen,  
2075 davon allein 50.000 Pflegestellen in  
2076 Krankenhäusern und 10.000 Stellen in der  
2077 Jugendarbeit.

2078 Hinzu kommt, dass wichtige Bereiche wie  
2079 Müllabfuhr, Wasser- und Energieversorgung  
2080 oder Nahverkehr wegen der schlechten  
2081 finanziellen Ausstattung der Kommunen  
2082 privatisiert wurden. Billiger, besser und  
2083 näher an der Kundschaft – mit diesen  
2084 Verheißungen wurden jahrelang  
2085 Stadtwerke, Krankenhäuser,  
2086 Wasserbetriebe, Müllabfuhr,  
2087 Verkehrsunternehmen und viele andere  
2088 öffentliche Dienstleistungen an private  
2089 Investoren verkauft. Hunderte Städte,  
2090 Gemeinden und Landkreise haben den  
2091 Versprechen geglaubt oder keinen anderen  
2092 Ausweg gesehen, um ihre Haushalte zu  
2093 stützen.

2094 Mittlerweile ist bekannt, was von den  
2095 Ankündigungen zu halten ist. Höhere Preise  
2096 und Gebühren, schlechterer Service,  
2097 rücksichtslose Ausnutzung von  
2098 Angebotsmonopolen, mangelhafte  
2099 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten,  
2100 weniger demokratische Kontrolle und  
2101 geringere Einnahmen für die kommunalen  
2102 Haushalte – das ist in vielen Orten in  
2103 Deutschland und europaweit die bittere  
2104 Realität. Dass es auch anders geht,  
2105 demonstriert eine wachsende Zahl von

2106 Kommunen. Sie nehmen wichtige Ver- und  
2107 Entsorgungsbetriebe wieder in die eigene  
2108 Verantwortung.

2109 Die Aufgaben der öffentlichen  
2110 Daseinsvorsorge sind in doppeltem Sinn  
2111 notwendig. Sie decken den elementaren  
2112 Bedarf an Dienstleistungen und  
2113 gewährleisten gleiche Rechte für alle  
2114 Bürgerinnen und Bürger. Die Basis einer  
2115 gerechten Gesellschaft, der gleiche Zugang  
2116 für alle zu den grundlegenden Gütern vom  
2117 Wasser bis zur Bildung, wird durch  
2118 Privatisierungen zerstört. Dort wo die  
2119 Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben  
2120 wird, steht nicht mehr die Leistung für die  
2121 Menschen im Vordergrund, sondern das  
2122 Streben nach Gewinn. Einen schwachen  
2123 Staat und einen ausgedünnten öffentlichen  
2124 Sektor können sich nur die Reichen leisten.  
2125 Wer die öffentliche Daseinsvorsorge  
2126 privatisiert, schwächt die Demokratie, weil  
2127 die unterschiedliche Wahl von Personen  
2128 und Parteien dann keine Folgen für die  
2129 Daseinsvorsorge mehr hat. Wer dagegen  
2130 eine gerechte Gesellschaft will, muss einen  
2131 verlässlich und zeitgemäß ausgebauten  
2132 öffentlichen Sektor garantieren. Mit der  
2133 Vergabe öffentlicher Aufträge muss eine  
2134 Unternehmenslogik befördert werden, die  
2135 nicht einseitig gewinnorientiert ist, sondern  
2136 Dienstleistungen für unterschiedliche  
2137 Bedürfnisse in einer Stadt, einer Region  
2138 entwickelt. Sie hat sich an Kriterien des  
2139 fairen Handels, ökologischer  
2140 Nachhaltigkeit, der Stärkung von Identität  
2141 und sozialem Zusammenhalt einer Region  
2142 zu beweisen und den Beschäftigten gute  
2143 Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu  
2144 sichern.

2145 **DIE LINKE fordert:**

2146 • die Privatisierung öffentlicher  
2147 Dienstleistungen beenden: die elementare  
2148 Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste,  
2149 Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur,  
2150 Energie, Wasser, Busse, Bahnen und  
2151 Abfallentsorgung in öffentlicher Hand  
2152 organisieren; den öffentlichen Dienst und  
2153 die öffentlichen Unternehmen am  
2154 gesellschaftlichen Bedarf orientieren und in  
2155 diesem Sinne weiter entwickeln;  
2156 privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge  
2157 rekommunalisieren;

2158 • den Börsengang der Bahn endgültig  
2159 stoppen; den öffentlichen Nah- und

2160 Fernverkehr ausbauen und stärker an den  
2161 Bedürfnissen aller Nutzerinnen und Nutzer  
2162 ausrichten; ein flächendeckendes Angebot  
2163 als Alternative zum Individualverkehr  
2164 durchsetzen; Preise sozialverträglich und  
2165 familienfreundlich gestalten;

2166 • den öffentlichen Sektor ausbauen und  
2167 bürgerinnen- und bürgerfreundlich moder-  
2168 nisieren:

2169 - die Aufgabenbereiche und die  
2170 Arbeitsorganisation überprüfen; die  
2171 Kommunikation mit den Bürgerinnen  
2172 und Bürgern transparent und  
2173 ergebnisorientiert gestalten;  
2174 elektronische Informationssysteme von  
2175 Software-Monopolisten unabhängig  
2176 machen;

2177 - Beschäftigte umfassend weiterbilden:  
2178 technologische Fertigkeiten und soziale  
2179 Kompetenzen gleichermaßen stärken;

2180 - soziale Sicherheit und  
2181 Mitspracherechte für die  
2182 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des  
2183 Öffentlichen Dienstes gewährleisten;

2184 - in einem neuen Dienstrecht das  
2185 Beamtenum auf die unmittelbaren  
2186 Hoheitsbereiche staatlicher Tätigkeit  
2187 beschränken.

### 2188 **3.2. Demokratische** 2189 **Bildungsreform – Bildung für alle** 2190 **von Anfang an**

2191 „Ich habe das Gefühl, dass sich das  
2192 deutsche Bildungssystem nicht darauf  
2193 konzentriert, alle einzubeziehen, sondern  
2194 dass es eher Trennungen schafft.“

2195 **Vernor Munoz Villalobos, 2006, UN-**  
2196 **Sonderberichterstatter und**  
2197 **Bildungsexperte**

2198 Das Bildungswesen in Deutschland gleicht  
2199 soziale Unterschiede nicht aus. Im  
2200 Gegenteil, mit der Schule werden sie noch  
2201 größer. Internationale Vergleiche wie die  
2202 PISA-Studie zeigen, dass  
2203 Grundkompetenzen wie Lesen und  
2204 Verstehen bei einem Teil der Jugendlichen  
2205 nur unzureichend entwickelt sind. Die  
2206 systematische Ausgrenzung von sozial  
2207 Benachteiligten, Migrantinnen und

2208 Migranten, von chronisch Kranken und  
2209 Menschen mit Behinderungen ist in  
2210 Deutschland so extrem wie in keinem  
2211 anderen europäischen Land. Die Zahl der  
2212 Schulabbrecherinnen und -abbrecher  
2213 steigt. Wer die Schule nicht erfolgreich  
2214 absolviert, hat kaum Chancen auf einen  
2215 Ausbildungsplatz.

2216 Bildung ist für DIE LINKE außerdem eine  
2217 der zentralen Voraussetzungen für  
2218 Selbstbestimmung und individuelle  
2219 Gestaltung des Lebens sowie für ein  
2220 verantwortungsvolles, solidarisches  
2221 Miteinander in einer demokratischen  
2222 Gesellschaft. Bildung eröffnet Wege für die  
2223 persönliche Entwicklung eines Menschen  
2224 und für berufliche Perspektiven. Deshalb  
2225 muss Bildung allen Menschen frei und in  
2226 gleichem Maße zugänglich gemacht  
2227 werden.

2228 DIE LINKE kämpft für eine chancengleiche  
2229 Bildung von Anfang an. Dazu gehören  
2230 vielseitiges, praxisorientiertes Wissen und  
2231 Können, interkultureller Austausch,  
2232 Umweltbewusstsein und Sozialkompetenz,  
2233 ästhetische Erfahrung, ein humanistisches  
2234 Gesellschafts- und Geschichtsverständnis,  
2235 Kritik- und Urteilsfähigkeit.

2236 In allen Bundesländern dominieren  
2237 Schulformen, die Kinder frühzeitig  
2238 abhängen. Gemeinschaftsschulen, die  
2239 längeres gemeinsames Lernen und  
2240 individuelle Förderung verbinden, sind  
2241 immer noch die Ausnahme. Einzelne  
2242 Bundesländer haben mit Studiengebühren  
2243 neue soziale Barrieren eingeführt. Überdies  
2244 fehlen 80.000 Fachkräfte für eine gute  
2245 frühkindliche Bildung.

2246 Zu wenige junge Menschen schaffen es bis  
2247 zur Hochschulreife und beginnen ein  
2248 Studium, davon zu viele schließen es nicht  
2249 erfolgreich ab. Der Hochschulpakt von  
2250 Bund und Ländern und der Ausbildungspakt  
2251 der Bundesregierung sind ungeeignet, die  
2252 anstehenden Probleme in den Griff zu  
2253 bekommen. Den Sonntagsreden von  
2254 CDU/CSU und SPD über die  
2255 zukunftssträchtige Rolle von Bildung steht  
2256 eine chronische Unterfinanzierung  
2257 gegenüber. An diesem strukturellen  
2258 Desaster ändern  
2259 Konjunkturprogrammsspritzen für die  
2260 bauliche Substanzerhaltung wenig.



2261 Die eigenen Qualifikationen ein Leben lang  
2262 weiterzuentwickeln, neue Tätigkeitsfelder  
2263 zu erschließen und sich beruflich um- oder  
2264 neu orientieren zu können – für viele  
2265 Menschen bleibt all dies unerreichbar. Eine  
2266 grundlegende demokratische  
2267 Bildungsreform mit sozialer Ausrichtung ist  
2268 überfällig. Ein sozial gerechtes und  
2269 zukunftsfähiges Bildungssystem muss  
2270 durch eine Grundgesetzänderung eine  
2271 gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern  
2272 und Kommunen werden.

### 2273 **Deshalb fordert die LINKE:**

2274 • das Recht auf Bildung im Grundgesetz  
2275 verankern: berufliche Ausbildung und  
2276 Gemeinschaftsaufgabe Bildung in dieses  
2277 Recht einbeziehen;

2278 • einen nationalen Bildungspakt auflegen:  
2279 öffentliche Bildungsausgaben auf  
2280 mindestens sieben Prozent des  
2281 Bruttoinlandprodukts erhöhen, darin  
2282 bundesweite Förderprogramme für den  
2283 Ausbau von Gemeinschafts- und  
2284 Ganztagschulen, sozialpädagogische  
2285 Unterstützung an jeder Schule; Bund-  
2286 Länder-Programme für die Ausbildung von  
2287 mehr Lehrerinnen und Lehrern sowie von  
2288 Erzieherinnen und Erziehern einrichten;

2289 • Bildungsberufe aufwerten: Ausbildung  
2290 der Erzieherinnen und Erzieher auf  
2291 Hochschulniveau und den Master-  
2292 Abschluss für alle Lehrerinnen und Lehrer  
2293 einführen; gute Arbeitsbedingungen und  
2294 eine gerechte Entlohnung herstellen;

2295 • Bildung von Anfang an fördern: den  
2296 Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung  
2297 in Kitas mit hoher Betreuungsqualität  
2298 verbinden; Kita-Ausbau vorantreiben, um  
2299 den Rechtsanspruch ab dem ersten  
2300 Lebensjahr zu sichern;

2301 • Bundesweit auf längeres gemeinsames  
2302 Lernen orientieren: individuelle Förderung  
2303 verankern statt auf private Nachhilfe  
2304 setzen; die Kinder und Jugendliche mit  
2305 Behinderungen integrieren; Migrantinnen  
2306 und Migranten Chancengleichheit sichern  
2307 und Ausgrenzung beenden;

2308 • Kita- und Studiengebühren abschaffen:  
2309 die Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern,  
2310 Schul- bzw. Prüfungsgebühren in der  
2311 beruflichen Bildung abschaffen;

2312 • Mitbestimmungsrechte in  
2313 Bildungseinrichtungen stärken:  
2314 bundesweite Vertretungen von  
2315 Schülerinnen und Schülern, Eltern und  
2316 Studierenden mit allgemeinpolitischem  
2317 Mandat anerkennen;

2318 • gute und umfassende Berufsausbildung  
2319 sichern: Schmalspurausbildungen und  
2320 Warteschleifen abschaffen, Betriebe in die  
2321 Verantwortung nehmen, Berufsausbildung  
2322 reformieren und Qualität in den Mittelpunkt  
2323 stellen; Mitbestimmungsrechte für  
2324 außerbetriebliche Auszubildende stärken;

2325 • Ausbildungsplatzumlage einführen: die  
2326 Unternehmen an der Finanzierung der  
2327 Berufsausbildung solidarisch beteiligen;

2328 • offenen Studienzugang mit einem  
2329 Hochschulzulassungsgesetz bundesweit  
2330 ermöglichen: individuelle Auswahlverfahren  
2331 abschaffen, Master als  
2332 Regelstudienabschluss verankern und  
2333 Zugangsbeschränkungen beim Übergang  
2334 vom Bachelor zum Master ausschließen;

2335 • BAföG zur elternunabhängigen,  
2336 bedarfsdeckenden und repressionsfreien  
2337 Grundsicherung ausbauen: in einem ersten  
2338 Schritt ein „Zwei-Körbe-Modell“ einführen,  
2339 welches einen einheitlichen Sockelbetrag  
2340 mit einem elternabhängigen Zuschuss  
2341 kombiniert; Schritt für Schritt  
2342 Elternunabhängigkeit ausbauen, die  
2343 Höchstdauer der Zahlung an die  
2344 durchschnittliche Studienzeit anpassen;

2345 • mit einem „Studienpakt II“ gute  
2346 Studienbedingungen sichern: die Mittel pro  
2347 Studienplatz erhöhen und sich dabei an  
2348 den realen Kosten orientieren; bessere  
2349 Betreuung im Studium; mehr Qualität und  
2350 Offenheit sowie mehr Frauenförderung  
2351 durch Regelungen zwischen Bund und  
2352 Ländern garantieren;

2353 • Weiterbildung als öffentliche Aufgabe  
2354 verankern: mit einem Weiterbildungsgesetz  
2355 den Rechtsanspruch, die Finanzierung und  
2356 Qualität von Weiterbildung sichern;  
2357 Unternehmen in die Verantwortung  
2358 nehmen und Branchenfonds bilden;  
2359 Gesetze von Bund und Ländern zu einer  
2360 Erwachsenenbildungsförderung ausbauen  
2361 und allen Menschen – unabhängig vom  
2362 Geldbeutel – lebenslanges Lernen  
2363 ermöglichen;

2364 • Kompetenzen von Migrantinnen und  
2365 Migranten wertschätzen: die im  
2366 Herkunftsland erworbenen Hochschul- und  
2367 Berufsabschlüsse, Qualifikationen,  
2368 Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen  
2369 anerkennen.

2370 **3.3. Wissenschaft, Forschung**  
2371 **und Produktivität für eine**  
2372 **Produktions- und Lebensweise**  
2373 **von morgen**

2374 „Es liegt im Wesen von Wissen, ein  
2375 gesellschaftliches Gemeingut zu sein und im  
2376 Wesen einer Wissensgesellschaft, sich als  
2377 Kulturgesellschaft zu verstehen.“  
2378 **André Gorz**

2379 Für die Große Koalition sind Wissenschaft  
2380 und Forschung in erster Linie ein  
2381 Standortfaktor, vor allem für die  
2382 Exportwirtschaft. DIE LINKE lehnt diese  
2383 einseitige Politik ab. Neue Erkenntnisse  
2384 und Technologien müssen dem  
2385 Gemeinwohl dienen und zur Lösung  
2386 gesellschaftlicher Herausforderungen wie  
2387 der Überwindung von sozialer Ungleichheit,  
2388 der Bewältigung des Klimawandels und der  
2389 Ressourcenknappheit beitragen. Das geht  
2390 nur, wenn über Chancen und Risiken von  
2391 Innovationen transparent und mit  
2392 öffentlicher Beteiligung verhandelt wird.  
2393 Deshalb sind die Entscheidungen über die  
2394 öffentliche Forschungsförderung aus den  
2395 geschlossenen Zirkeln der Ministerien,  
2396 Kuratorien und Industriekonsortien zu  
2397 befreien. DIE LINKE steht der öffentlichen  
2398 Förderung neuer Technologien  
2399 aufgeschlossen gegenüber, wenn ihr  
2400 Nutzen nachgewiesen und die Risiken für  
2401 Menschen und Natur niedrig sind. Der  
2402 Staat trägt Verantwortung für die rechtliche  
2403 und finanzielle Absicherung einer freien  
2404 Grundlagenforschung. Das mit öffentlichen  
2405 Geldern erarbeitete Wissen muss dann  
2406 auch allen zur Verfügung stehen und darf  
2407 nicht privatisiert werden. Um im  
2408 Allgemeininteresse tätig werden zu können,  
2409 brauchen Forscherinnen und Forscher gute  
2410 Arbeitsbedingungen. Die in Deutschland  
2411 zunehmende Unsicherheit für  
2412 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler  
2413 unterhalb der Professur muss überwunden  
2414 werden. Nicht zuletzt, um mehr Frauen den  
2415 Weg in die Wissenschaft zu ebnet.

2416 **Die LINKE fordert das Umsteuern in der**  
2417 **Forschungs- und Technologieförderung**  
2418 **zugunsten einer sozial und ökologisch**  
2419 **nachhaltigen und gemeinnützigen**  
2420 **Perspektive:**

2421 • die öffentliche Forschungsförderung auf  
2422 öffentliche und gemeinwohlorientierte  
2423 Ziele ausrichten: teure Prestigeprojekte  
2424 und Rüstungsforschung mit öffentlichen  
2425 Mitteln beenden; industriegeführte  
2426 Grundlagenforschung demokratisch  
2427 kontrollieren; einseitige Orientierung auf  
2428 milliardenschwere Förderung von  
2429 Exportbranchen aufgeben;

2430 • neue Instrumente der  
2431 Forschungsförderung entwickeln:  
2432 öffentliche und zivilgesellschaftliche  
2433 Akteure wie Unternehmen der öffentlichen  
2434 Daseinsvorsorge, kommunale  
2435 Verwaltungen oder gemeinnützige  
2436 Projektträger zu Auftraggebern für  
2437 Forschungsleistungen machen; der  
2438 Erneuerung des Personen- und  
2439 Güterverkehrs, der Energieversorgung und -  
2440 speicherung, der Gesundheits- und  
2441 Pflegeversorgung, der öffentlichen  
2442 Verwaltung sowie des Bildungssystems  
2443 Vorrang einräumen;

2444 • globale Verantwortung für die  
2445 Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten  
2446 übernehmen: neue Wirk- und Impfstoffe  
2447 gegen Tuberkulose, Malaria und andere  
2448 Tropenkrankheiten entwickeln; in einem  
2449 ersten Schritt 10 Prozent der in der  
2450 „Pharmainitiative“ eingeplanten Mittel  
2451 dafür einsetzen;

2452 • Forschung zur Lösung globaler  
2453 Herausforderungen finanzieren: Mittel für  
2454 die Schwerpunktforschung zu Integration,  
2455 sozialer Gerechtigkeit, Demographie,  
2456 Wasser- und Energieversorgung, Folgen des  
2457 Klimawandels und ziviler Konfliktlösung  
2458 aufstocken; Kultur- und  
2459 Sozialwissenschaften verstärkt in die  
2460 Verantwortung nehmen;

2461 • ostdeutsche Forschungslandschaft  
2462 stärken: die Hochschul- und Grundlagenfor-  
2463 schung in der Substanz stärken, die  
2464 Netzwerke mit innovativen kleinen und  
2465 mittleren Unternehmen erhalten und  
2466 ausbauen;

2467 • die Arbeitsbedingungen von  
2468 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

2469 verbessern: Mitbestimmung und  
 2470 demokratische Selbstverwaltung in den  
 2471 Wissenschaftseinrichtungen der  
 2472 Forschungsorganisationen und in den  
 2473 Hochschulen stärken;

2474 • Frauen in der Wissenschaft stärker  
 2475 fördern: die Geschlechterperspektive in alle  
 2476 öffentlich geförderten Forschungsprojekte  
 2477 integrieren; Geschlechter diskriminierende  
 2478 Auswahlverfahren sowie unsichere und  
 2479 patriarchal strukturierte Karrierewege  
 2480 überwinden;

2481 • Vernetzung von Hochschulen und  
 2482 außeruniversitärer Forschung unterstützen.

2483 **3.4. Gestaltung einer digitalen**  
 2484 **Medienordnung für mehr**  
 2485 **Demokratie**

2486 *“Hehe, dein Medium liegt im Sterben.“*  
 2487 *Nelson Muntz von den Simpsons zu*  
 2488 *einem Print-Journalisten, 2008*

2489 Der Zugang zu Kommunikation und  
 2490 Information berührt Grundfragen  
 2491 demokratischer Beteiligung. Wer moderne  
 2492 Kulturtechniken nicht beherrscht oder  
 2493 keinen Zugang zur digitalen Welt hat, kann  
 2494 sich an einem wachsenden Teil  
 2495 demokratischer Willensbildung nicht  
 2496 beteiligen.

2497 Die privaten und weltweit tätigen  
 2498 Telekommunikations- und Netzbetreiber  
 2499 mausern sich ohne kulturellen Auftrag,  
 2500 ohne öffentliche Kontrolle und Transparenz  
 2501 zu Sendeanstalten von morgen und  
 2502 bedrohen das gesamte duale, öffentlich-  
 2503 rechtliche und private Rundfunksystem. Mit  
 2504 der Digitalisierung entstehen auch neue  
 2505 Möglichkeiten, das Verhalten der  
 2506 Nutzerinnen und Nutzer zu steuern und  
 2507 auszubeuten. Die technische Beschränkung  
 2508 eines freien und gleichen  
 2509 Informationsflusses im Netz nimmt zu. DIE  
 2510 LINKE steht deshalb für die Schaffung einer  
 2511 demokratischen Medienordnung, die die  
 2512 digitale Wissensverarbeitung wieder  
 2513 öffentlicher Kontrolle unterstellt. Es geht  
 2514 um nicht weniger, als Programmvielfalt zu  
 2515 schützen und die menschliche Kreativität  
 2516 gegen fortschreitende Kommerzialisierung  
 2517 zu verteidigen.

2518 Die fortschreitende Kommerzialisierung ist  
 2519 zugleich von einer anhaltenden  
 2520 Medienkonzentration geprägt.  
 2521 Finanzinvestoren drängen in den Medien-  
 2522 und Pressesektor. Ihre  
 2523 Unternehmensstrategien erzeugen einen  
 2524 Rentabilitätsdruck, der auch die  
 2525 alteingesessenen Medienunternehmen  
 2526 erfasst. Folge ist die Verflachung und  
 2527 Kommerzialisierung der Berichterstattung,  
 2528 Kultur und Unterhaltung.

2529 Die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes,  
 2530 des Arbeitsschutzes und ein sozial  
 2531 verantwortlicher Umgang mit den  
 2532 Beschäftigten sind im industriell geprägten  
 2533 Teil der Kreativwirtschaft inzwischen außer  
 2534 Kraft gesetzt. Feste Stellen sind die  
 2535 Ausnahme. DIE LINKE tritt dafür ein, die  
 2536 Interessen von allen in der Medien- und  
 2537 Filmindustrie abhängig und oft prekär  
 2538 Beschäftigten sicherzustellen.

2539 **DIE LINKE fordert:**

2540 • gute Arbeitsbedingungen für Medien-  
 2541 und Filmemacher schaffen: ein “Fair Work“-  
 2542 Siegel auf Spiele, Programme, Plattformen  
 2543 und Online-Angebote einführen;

2544 • Rechte von Kreativen und Nutzerinnen  
 2545 und Nutzern im Internet in einem  
 2546 modernen Urheberrecht verankern: das  
 2547 Recht auf Privatkopien und Kopien für  
 2548 Bildungs- und Forschungszwecke langfristig  
 2549 sicherstellen;

2550 • Kommunikations- und Medienfreiheit  
 2551 gewährleisten: eine digitale demokratische  
 2552 Medienordnung gestalten; den öffentlich-  
 2553 rechtlichen Rundfunk reformieren,  
 2554 Rundfunkräte quotieren und entsprechend  
 2555 aktueller gesellschaftlicher Verhältnisse  
 2556 zusammensetzen; presserechtliche  
 2557 Redaktionsstatute, die einen hohen Grad  
 2558 der Mitbestimmung der Beschäftigten  
 2559 sichern, verankern;

2560 • Breitband-Internet-Anschlüsse in den  
 2561 gesetzlichen Universaldienst aufnehmen:  
 2562 Versorgungslücken in den ländlichen  
 2563 Regionen umgehend schließen; den  
 2564 Ausschluss sozial Benachteiligter aus der  
 2565 digitalen Kommunikation beenden;

2566 • alle Informations- und Medienangebote  
 2567 barrierefrei gestalten.

2568 **3.5. Kulturelle Grundlagen einer**  
2569 **dialogfähigen, gerechten**  
2570 **Gesellschaft sichern**

2571 „Welch triste Epoche, in der es leichter ist,  
2572 ein Atom zu zertrümmern, als ein Vorurteil.“  
2573 **Albert Einstein**

2574 Kulturelle Fragen sind Fragen nach der  
2575 Utopiefähigkeit einer Gesellschaft, ihrer  
2576 Geschichte, ihrem Zusammenhalt, ihren  
2577 Erzählungen. Alle Menschen stellen solche  
2578 Fragen – ob sie in existenziellen Nöten sind  
2579 oder nicht. Wo Kultur nur als  
2580 bildungsbürgerliche Zutat zum harten  
2581 Leben ihr Dasein fristet, werden  
2582 entscheidende Fragen nicht gestellt.  
2583 Öffentliche Debatten beginnen oft in  
2584 Theatern, Ausstellungsräumen, in Sub-,  
2585 Jugend- oder Protestkulturen.

2586 Mit der 2008 ratifizierten Konvention zur  
2587 kulturellen Vielfalt hat sich unser Land  
2588 gegen die schrankenlose Liberalisierung  
2589 und Verwertung kultureller  
2590 Dienstleistungen ausgesprochen. DIE  
2591 LINKE unterstützt eine umfassende  
2592 Förderung der kulturellen Infrastrukturen  
2593 unserer Gesellschaft. Dazu gehört der  
2594 Erhalt öffentlicher Räume für Soziokulturen,  
2595 Bibliotheken und Musikschulen, die  
2596 Förderung freier Szenen und kleiner und  
2597 mittlerer Unternehmen der Kul-  
2598 turwirtschaft.

2599 DIE LINKE unterstützt die Vielfalt der  
2600 Kulturen in unserem Land auch durch die  
2601 Förderung der Geschichte und  
2602 Lebensweise der seit Jahrhunderten hier  
2603 lebenden autochthonen Minderheiten, wie  
2604 der Sorben, der Sinti und Roma, der  
2605 Friesen und Dänen.

2606 Erinnerungskulturen beginnen in der  
2607 eigenen Partei. Ohne Offenheit entsteht  
2608 kein Verständnis für die Vielschichtigkeit  
2609 der politischen und kulturellen  
2610 Auseinandersetzung in Ost und West. Wir  
2611 wollen uns der differenzierten  
2612 Kulturgeschichte des früher geteilten  
2613 Landes vergewissern, ohne Scheuklappen,  
2614 ohne Denkverbote. Mit staatlich  
2615 verordneter Gedenkpolitik geht das nicht.  
2616 DIE LINKE fordert mehr Pluralismus bei der  
2617 historischen Verortung der deutschen  
2618 Gesellschaft. Das Gedenkstättenkonzept  
2619 des Bundes sollte deshalb dezentrale  
2620 Strukturen, die politische und inhaltliche

2621 Unabhängigkeit der Gedenkstätten und  
2622 deren wissenschaftliche Fundierung  
2623 befördern. Wer undifferenziert von den  
2624 beiden deutschen Diktaturen spricht,  
2625 verharmlost die Verbrechen des  
2626 Faschismus. Die kritische Aneignung der  
2627 ost- und westdeutschen  
2628 Nachkriegsgeschichte ist ohne den  
2629 geschichtlichen Kontext, der zur Macht-  
2630 übernahme der Nazis 1933 sowie zur  
2631 Spaltung Deutschlands nach 1945 führte,  
2632 nicht zu leisten.

2633 **DIE LINKE fordert unter Beachtung der**  
2634 **Empfehlungen der Enquetekommission**  
2635 **„Kultur in Deutschland“:**

2636 • das Staatsziel Kultur und die Kultur als  
2637 Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz  
2638 verankern: die Kulturförderung des Bundes  
2639 und die Förderung von Kulturen der  
2640 Minderheiten dauerhaft sichern;

2641 • Theater, Orchester, Musikschulen,  
2642 Bibliotheken, Museen und Archive in  
2643 öffentlicher Trägerschaft sichern und  
2644 stärken; die Privatisierung der Kultur  
2645 stoppen;

2646 • Arbeits- und Lebensbedingungen von  
2647 freien Künstlerinnen und Künstlern verbes-  
2648 sern:

2649 - die Künstlersozialkasse erhalten;

2650 - eine Ausstellungsvergütung gesetzlich  
2651 regeln;

2652 - ein Künstlergemeinschaftsrecht  
2653 einführen: Kulturcents auf  
2654 urheberrechtlich erloschene Werke für  
2655 die Förderung junger Kunst erheben;

2656 - ein modernes Urheberrecht schaffen:  
2657 die soziale Lage von Kreativen  
2658 tatsächlich verbessern;

2659 • eine Gedenkstättenpolitik auf den Säulen  
2660 der demokratischen europäischen und ost-  
2661 und westdeutschen Kulturtraditionen  
2662 entwickeln.

2663

2664 **3.6. Ohne Gleichstellung bleibt**  
2665 **die Demokratie unvollständig**

2666 *„Die größte Gefahr für die*  
2667 *Gleichberechtigung ist der Mythos, wir*  
2668 *hätten sie schon.“ Grete Nestor, 2006*

2669 Die Gleichstellung der Geschlechter in  
2670 unserer Gesellschaft ist auf den ersten  
2671 Blick paradox. Einerseits sehen wir junge  
2672 Frauen, die mit besseren Noten die Schule  
2673 verlassen als junge Männer. Andererseits  
2674 führt dieser bildungspolitische Fortschritt  
2675 nicht zu mehr Erfolg beim Zugang zur  
2676 Ausbildung und in der Erwerbsarbeit.  
2677 Spätestens mit der Geburt des ersten Kin-  
2678 des gibt es den Karriereknick. Die  
2679 durchschnittlichen Frauenlöhne sind immer  
2680 noch um rund ein Viertel niedriger als die  
2681 der Männer.

2682 Die Regierung hat in den vergangenen  
2683 Jahren keine Anstrengungen unternommen,  
2684 die Situation zu verbessern. In vielen  
2685 Bereichen hat sich die Lebenssituation von  
2686 Frauen sogar verschlechtert. So haben die  
2687 Ausweitung des Niedriglohnssektors und die  
2688 Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV  
2689 finanzielle Abhängigkeiten in  
2690 Partnerschaften weiter verschärft und das  
2691 Recht von Frauen auf eigenständige  
2692 Existenzsicherung untergraben.

2693 Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, die  
2694 tatsächliche Gleichberechtigung von  
2695 Frauen und Männern zu fördern. DIE LINKE  
2696 setzt sich dafür ein, diese Verpflichtung  
2697 endlich zu verwirklichen! Wir beschränken  
2698 uns nicht darauf, Zugangsbarrieren zu  
2699 beseitigen und für alle scheinbar „gleiche“  
2700 Startbedingungen zu schaffen. Wir fordern  
2701 gezielte Maßnahmen, um systematischen  
2702 Benachteiligungen aktiv entgegen zu  
2703 wirken. Zum Beispiel mit einem wirksamen  
2704 Gleichstellungsgesetz für die private  
2705 Wirtschaft. Unser Ziel ist, dass Frauen  
2706 selbst bestimmt ihr Leben gestalten  
2707 können. Männer und Frauen müssen  
2708 gleichermaßen in allen Bereichen des  
2709 menschlichen Daseins tätig sein können.

2710 Für diese gleichberechtigte Teilhabe  
2711 brauchen Frauen ökonomische  
2712 Unabhängigkeit. Geschlechtergerechtigkeit  
2713 ist von sozialer Gerechtigkeit nicht zu  
2714 trennen. Es geht um eine Gesellschaft, die  
2715 für Frauen und Männer gleichermaßen  
2716 gerechter werden muss. Wer eine

2717 menschliche Gesellschaft will, muss die  
2718 männliche überwinden.

2719 Dazu gehört auch, die sexuelle Vielfalt in  
2720 der Gesellschaft und die  
2721 Gleichberechtigung unterschiedlicher  
2722 Lebensentwürfe zu akzeptieren. Lesben,  
2723 Schwulen, Transsexuellen und  
2724 Transgendern werden elementare Rechte  
2725 verwehrt. Die eingetragene Partnerschaft  
2726 besitzt deutlich weniger Rechte als die  
2727 heterosexuelle Ehe. Im Einkommens-,  
2728 Einkommenssteuer-, Erbschafts- und  
2729 Adoptionsrecht werden Menschen  
2730 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung  
2731 diskriminiert. Die Gleichstellung muss hier  
2732 rechtlich vollzogen werden.

2733 **DIE LINKE fordert:**

2734 • Gleichstellung von Frauen und Männern  
2735 in allen gesellschaftlichen Bereichen  
2736 durchsetzen: Geschlechterverhältnisse in  
2737 allen Politikbereichen systematisch berück-  
2738 sichtigen; alle Maßnahmen hinsichtlich  
2739 ihrer Wirkung auf die Gleichstellung von  
2740 Frauen und Männern überprüfen;  
2741 Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld  
2742 sichern;

2743 • das Bundesgleichstellungsgesetz und das  
2744 Bundesgremiengesetz konsequent um-  
2745 setzen und verbessern;

2746 • Gleichstellungsgesetz für die private  
2747 Wirtschaft einführen: Betriebe solange zur  
2748 Förderung der Gleichstellung von Frauen  
2749 und der Vereinbarkeit von Beruf und  
2750 Familie verpflichten, bis der  
2751 Durchschnittsverdienst von Frauen und  
2752 Männern gleich ist und Frauen in allen  
2753 Entgeltgruppen zur Hälfte vertreten sind;

2754 • staatliche Subvention des überholten  
2755 Familienmodells beenden: dem Modell mit  
2756 einem Mann als Ernährer und der Frau  
2757 bestenfalls als Zuverdienerin die einseitige  
2758 gesetzliche Förderung entziehen;

2759 • aktive Anti-Diskriminierungspolitik  
2760 ermöglichen: im Allgemeinen  
2761 Gleichbehandlungsgesetz ein echtes  
2762 Verbandsklagerecht verankern;  
2763 unabhängige Arbeit der Antidiskrimi-  
2764 nierungsstelle des Bundes ermöglichen,  
2765 diese vom Bundesministerium für Familie,  
2766 Senioren, Frauen und Jugend abkoppeln  
2767 und mit verbindlichen Rechten ausstatten;

2768 • eingetragene Lebenspartnerschaften  
2769 rechtlich gleichstellen: individuelle  
2770 Veranlagung aller Steuerpflichtigen  
2771 unabhängig von ihrer Lebensweise  
2772 einführen, Adoptions- und Beamtenrecht  
2773 reformieren.

#### 2774 **4. Demokratie und Grundrechte** 2775 **schützen**

2776 „Demokratie heißt nicht, dass die Mehrheit  
2777 Recht hat. Die Mehrheit hat das Recht  
2778 zu regieren.“ **Umberto Eco**

2779 Das friedliche, tolerante Zusammenleben in  
2780 einer demokratischen Gesellschaft ist kein  
2781 selbstverständliches Gut. Seine Grundlagen  
2782 müssen immer wieder erneuert werden.

2783 Die Gewährleistung der öffentlichen  
2784 Sicherheit, der Schutz der Bürgerinnen und  
2785 Bürger vor körperlicher Gewalt und  
2786 kriminellen Taten und Bedrohungen zählen  
2787 zu den zentralen Funktionen eines  
2788 demokratischen Rechtsstaates. Die  
2789 Garantie der Grundrechte im alltäglichen  
2790 Leben und der Schutz der Bürgerrechte vor  
2791 ungerechtfertigten Eingriffen des Staates  
2792 verhindern den Marsch in den  
2793 allumfassenden Überwachungsstaat. Es ist  
2794 Aufgabe des Staates, die Würde eines  
2795 jeden einzelnen vor An- und Übergriffen  
2796 anderer zu schützen, ohne selbst Würde  
2797 und Grundrechte der Bürgerinnen und  
2798 Bürger zu verletzen.

2799 Das Vertrauen in die Regeln einer  
2800 demokratischen Gesellschaft lebt von der  
2801 Erfahrung, dass diese Regeln für alle  
2802 gelten, für den Erwerbslosen genauso wie  
2803 für den Bankvorstand oder die Milliardärin  
2804 im Pelzmantel. Die praktisch erfahrbare  
2805 Gleichheit vor dem Gesetz und durch das  
2806 Gesetz zählt zu den wichtigsten  
2807 Grundgütern einer demokratischen  
2808 Gesellschaft. Die demokratische Gleichheit  
2809 ist im Alltag immer dann bedroht, wenn  
2810 wirtschaftliche Größe in politischen Einfluss  
2811 und sozialen Druck umgemünzt wird.  
2812 Sonderrechte für große Unternehmen und  
2813 Banken sind wie ein schleichendes  
2814 Nervengift für eine demokratische  
2815 Gesellschaft. So produziert die  
2816 herrschende Politik Wut, Ohnmacht, Zorn.

2817 DIE LINKE steht für eine demokratische  
2818 und soziale Rechts- und Innenpolitik. Wir  
2819 nehmen die berechtigten  
2820 Schutzbedürfnisse der Bürgerinnen und  
2821 Bürger ernst. Das bedeutet: Gewalt ächten  
2822 und Übergriffe auf Leben und persönliches  
2823 Eigentum verfolgen, ohne dabei die  
2824 Schranken zu überschreiten, die die Grund-  
2825 und Bürgerrechte dem Staat setzen. DIE  
2826 LINKE bekämpft eine konservative  
2827 Sicherheitspolitik, die einseitig die Polizei  
2828 aufrüstet und immer neue Strafvorschriften  
2829 schafft.

#### 2830 **4.1. Rechtsstaat und Sozialstaat** 2831 **– Alternativen zum** 2832 **Sicherheitsstaat**

2833 „Die Würde des Menschen ist unantastbar.  
2834 Sie zu achten und zu schützen ist Ver-  
2835 pflichtung aller staatlichen Gewalt.“

2836 “Vor dem Gesetz sind alle Menschen  
2837 gleich.”

2838 *Grundgesetz*

2839 Das Grundgesetz bestimmt Deutschland  
2840 als demokratischen und sozialen  
2841 Rechtsstaat. Die Unantastbarkeit der  
2842 Würde des Menschen soll oberstes Gebot  
2843 jeden staatlichen Handelns sein. Der  
2844 Gebrauch des Eigentums soll auch dem  
2845 Allgemeinwohl verpflichtet sein. Der Staat  
2846 ist gefordert, zum sozialen Ausgleich und  
2847 zu sozialer Gerechtigkeit aktiv beizutragen.  
2848 Die Wirklichkeit entspricht diesen Geboten  
2849 vielfach nicht: So wird Erwerbslosen im  
2850 Hartz-IV-Bezug die elementare  
2851 sozialstaatliche Freiheit vorenthalten,  
2852 Arbeiten unterhalb bestimmter sozialer  
2853 Standards ohne existentielle Folgen  
2854 abzulehnen, das Anwachsen von  
2855 Kinderarmut und -verwahrlosung geduldet  
2856 und Wohnungslosigkeit hingenommen

2857 DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass das  
2858 Sozialstaatsgebot im Grundgesetz  
2859 geschärft werden muss. Es geht nicht  
2860 darum, den Sozialstaat für jeden Missstand  
2861 oder jedes Unglück in die Pflicht zu  
2862 nehmen. Es geht darum, staatliches  
2863 Handeln ausdrücklich darauf zu ver-  
2864 pflichten, aktiv gegen soziale Ausgrenzung,  
2865 Ungerechtigkeit, Arbeits- und  
2866 Wohnungslosigkeit vorzugehen.

2867 **DIE LINKE fordert:**

2868 • das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz  
 2869 konkretisieren: soziale Grundrechte wie  
 2870 das Recht auf Arbeit, Wohnung, Erholung,  
 2871 Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit  
 2872 verfassungsrechtlich verankern;

2873 • einen sozial gerechten Zugang zu  
 2874 gerichtlichem und außergerichtlichem  
 2875 Rechtsschutz für alle sichern: eine effektive  
 2876 Rechtsverfolgung durch ein sozial  
 2877 gerechtes Verfahrensrecht gewährleisten;  
 2878 durch Prozess- und Gerichtskosten  
 2879 Einkommensschwache nicht vom  
 2880 Rechtsweg ausschließen; Prozesskosten-  
 2881 und Beratungshilfe ausbauen;

2882 • den Abbau von Rechtsmitteln  
 2883 (Widersprüchen, Berufungen) in  
 2884 Verwaltungs- und Gerichtsverfahren  
 2885 verhindern;

2886 • den Gerichtssaal in Strafverfahren nicht  
 2887 zu einem Basar verkommen lassen: die  
 2888 Schuld des Angeklagten durch ein  
 2889 rechtsstaatliches Verfahren nachweisen;  
 2890 vor Gericht alle gleich behandeln; die  
 2891 chronische Unterfinanzierung von  
 2892 Gerichten beenden; Geldstrafen für  
 2893 Vermögende angemessen erhöhen;

2894 • das Prinzip der Resozialisierung im  
 2895 Strafrecht durchsetzen, lebenslange  
 2896 Freiheitsstrafe abschaffen;

2897 • das politische Sonderstrafrecht (§ 129a,  
 2898 § 129b StGB) abschaffen.

## 2899 4.2. Schutz vor geschlechts- 2900 spezifischer Gewalt

2901 *„Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck der*  
 2902 *historisch ungleichen Machtverhältnisse*  
 2903 *zwischen Männern und Frauen, die dazu*  
 2904 *geführt haben, daß die Frau vom Mann*  
 2905 *dominiert und diskriminiert und daran*  
 2906 *gehindert wird, sich voll zu entfalten.“*  
 2907 **Aktionsplattform der Vierten**  
 2908 **Weltfrauenkonferenz in Peking 1995**

2909 Wie Sexualität gelebt wird, wer wen und  
 2910 wie liebt, geht den Staat nichts an. Diese  
 2911 Freiheit zu schützen, zählt vielmehr zu den  
 2912 Aufgaben des Staates. Das Recht auf  
 2913 körperliche Unversehrtheit und das  
 2914 Selbstbestimmungsrecht über den eigenen

2915 Körper gehören untrennbar zusammen. Das  
 2916 Selbstbestimmungsrecht wird  
 2917 eingeschränkt, wenn eine Frau nicht frei  
 2918 über eine Schwangerschaft entscheiden  
 2919 kann. DIE LINKE meint: Jede Frau hat das  
 2920 Recht, allein und ohne staatliche  
 2921 Bevormundung oder Strafandrohung über  
 2922 ihre Schwangerschaft zu entscheiden.

2923 In allen Ländern der Welt, in allen sozialen  
 2924 Schichten, quer über kulturelle und  
 2925 religiöse Grenzen hinweg, wird die  
 2926 körperliche und seelische Unversehrtheit  
 2927 von Frauen und Mädchen verletzt. Auch in  
 2928 Deutschland erleben zwei von fünf Frauen  
 2929 in ihrem Leben sexuelle oder körperliche  
 2930 Gewalt. Jede vierte Frau wird hierzulande  
 2931 mindestens einmal in ihrem Leben von  
 2932 ihrem Partner misshandelt.

2933 Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist  
 2934 keine „Privatsache“. Es muss eine  
 2935 gesellschaftliche Aufgabe sein, jegliche  
 2936 Form der Gewalt gegen Frauen und  
 2937 Mädchen zu ächten und deren körperliche  
 2938 und seelische Unversehrtheit zu schützen.  
 2939 Dennoch behandelt die Regierungs-  
 2940 koalition den Kampf gegen Gewalt an  
 2941 Frauen und Mädchen als nachrangiges  
 2942 „Frauthema“, nicht als Aufgabe der  
 2943 Innenpolitik.

2944 Die finanzielle Situation von Frauenhäusern  
 2945 wurde dramatisch verschlechtert;  
 2946 besonders in ländlichen Gebieten existieren  
 2947 zu wenig Schutz- und Hilfseinrichtungen.  
 2948 DIE LINKE setzt

2949 sich dafür ein, dass jede Frau unabhängig  
 2950 von ihrem Einkommen, ihrem Wohnort und  
 2951 ihrem Aufenthaltsstatus unbürokratisch  
 2952 Zuflucht und Hilfe bekommt. Diese 30  
 2953 Jahre alte Forderung ist heute noch  
 2954 dringlicher als zuvor.

## 2955 **DIE LINKE fordert:**

2956 • Strafbarkeit von  
 2957 Schwangerschaftsabbrüchen abschaffen:  
 2958 §§ 218, 219 Strafgesetzbuch streichen;  
 2959 jede Frau hat das Recht, zu entscheiden,  
 2960 ob sie eine Schwangerschaft austrägt;

2961 • Selbstbestimmungsrecht von inter- und  
 2962 transsexuellen Menschen ohne Ein-  
 2963 schränkung sichern: Personenstandsgesetz  
 2964 und das Vornamensrecht in diesem Sinne  
 2965 ändern; fremdbestimmte operative Eingriffe  
 2966 bei Intersexuellen unterbinden;

2967 • häusliche Gewalt entschieden  
2968 bekämpfen: das Gewaltschutzgesetz  
2969 weiterentwickeln; Informationspflicht des  
2970 Zivilgerichts gegenüber der Polizei und  
2971 Staatsanwaltschaft verankern; Wirksamkeit  
2972 von Sanktionen gegen Gewalttäter prüfen;

2973 • Frauenhäuser bundeseinheitlich und  
2974 bedarfsgerecht finanzieren: offenen Zugang  
2975 zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen  
2976 für alle Frauen unabhängig von sozialer  
2977 Herkunft oder Aufenthaltsstatus  
2978 garantieren, Kosten für den Aufenthalt der  
2979 Kinder einschließen, Lebensunterhalt  
2980 sichern und Unterhaltsansprüche von  
2981 geflüchteten Frauen gegenüber Partnern  
2982 auf den Staat übertragen;

2983 • Zukunftschancen für von Gewalt  
2984 betroffene Frauen ermöglichen: durch Aus-  
2985 und Weiterbildung, soziale Sicherung oder  
2986 Vermittlungsunterstützung für Existenz  
2987 sichernde Erwerbsarbeit Eigenständigkeit  
2988 fördern;

2989 • wirksamen Schutz vor  
2990 Zwangsverheiratungen schaffen: ein  
2991 eigenständiges Aufenthaltsrecht ab dem  
2992 ersten Tag der Ehe und Rückkehrrecht für  
2993 ins Ausland zwangsverschleppte Frauen  
2994 einführen; die diskriminierenden Deutsch-  
2995 Tests für einreisewillige Ehegatten wieder  
2996 abschaffen;

2997 • den Opferschutz beim Menschenhandel  
2998 an erste Stelle setzen: Aufenthalts- und so-  
2999 ziale Rechte der Opfer von  
3000 Menschenhandel und Zwangsprostitution  
3001 stärken; Opferschutz nicht an die  
3002 Aussagebereitschaft der Frauen koppeln.

### 3003 4.3. Die Bürgerrechte schützen

3004 „Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu  
3005 gewinnen, wird beides verlieren.“  
3006 **Benjamin Franklin**

3007 Terrorismus, organisierte Kriminalität und  
3008 Gewaltverbrechen sind ernste  
3009 Bedrohungen für das friedliche  
3010 Zusammenleben. Sie schaffen ein Klima  
3011 der Angst, fördern Misstrauen und lähmen  
3012 gesellschaftliche Aktivität. Sie müssen  
3013 wirkungsvoll verfolgt und bestraft werden.  
3014 Polizei und Justiz müssen gut ausgebildet  
3015 und modern ausgerüstet sein. Für die

3016 erfolgreiche Bekämpfung von Kriminalität  
3017 reichen die bestehenden Gesetze aus.

3018 Die Bekämpfung von Terrorismus und  
3019 Kriminalität verfehlt ihr Ziel, wenn sie sich  
3020 im Namen der „Inneren Sicherheit“ über  
3021 Verfassungsgrundsätze und Bürgerrechte  
3022 hinweg setzt. „Innere Sicherheit“ auf  
3023 Kosten von Rechtsstaatlichkeit,  
3024 Verhältnismäßigkeit und Freiheitsrechten  
3025 ist kein Erfolg, auf den eine Demokratie  
3026 stolz sein kann.

3027 Wenn dem Staat als oberstem Schutzherrn  
3028 der Bürgerrechte die  
3029 Vorratsdatenspeicherung oder die online-  
3030 Durchsuchung recht sind, dann ist offenbar  
3031 bestimmten Unternehmen wie Lidl,  
3032 Telekom oder Deutsche Bahn die  
3033 Überwachung des Personals billig. Der  
3034 Wert von Grund- und Bürgerrechten  
3035 bemisst sich aber gerade daran, was sie im  
3036 Alltag Wert sind.

3037 Die Trennung von Militär und Polizei, von  
3038 geheimdienstlicher und polizeilicher  
3039 Tätigkeit ist für uns unaufgebbare  
3040 Grundregel eines demokratischen  
3041 Staatsaufbaus. Diese Trennung ist ebenso  
3042 eine Lehre aus unserer Geschichte wie die  
3043 Ablehnung einer zentralisierten  
3044 Sicherheitsbehörde und des Einsatzes der  
3045 Bundeswehr im Inneren für polizeiliche  
3046 Aufgaben.

### 3047 **DIE LINKE fordert:**

3048 • Polizei und Geheimdienste wieder  
3049 schärfer trennen: wachsende  
3050 Geheimbereiche der Polizei und  
3051 unkontrollierbare Kooperationsgremien  
3052 einschränken und auflösen; Ausbau des  
3053 Bundeskriminalamtes zu einer  
3054 zentralisierten Polizei stoppen;  
3055 Geheimdienste, insbesondere den  
3056 Verfassungsschutz, überflüssig machen;

3057 • Datenschutz und Datenschutzrecht  
3058 modernisieren: Großprojekte, von Gesund-  
3059 heitskarte über biometrische Ausweise bis  
3060 zu elektronischen Identitätskarten und ein-  
3061 heitlicher Steuernummer, überprüfen und  
3062 nach strengen datenschutzrechtlichen  
3063 Kriterien korrigieren; wirksamen  
3064 Arbeitnehmerdatenschutz schaffen;

3065 • das Recht auf informationelle  
3066 Selbstbestimmung der informierten  
3067 Bürgerinnen und Bürger verteidigen: die



3068 Vorratsdatenspeicherung beenden; auf  
3069 Online-Durchsuchungen verzichten,  
3070 verdeckte Ermittlungsmethoden wie Video-,  
3071 Späh- und Lauschangriffe und  
3072 Rasterfahndung abbauen;

3073 • Einsatz der Bundeswehr als „Hilfspolizei“  
3074 im Inneren verbieten.

3075 Legale Drogen wie Alkohol und Zigaretten  
3076 sind allgegenwärtig. Verbotene Drogen  
3077 werden trotz Verbot gehandelt und  
3078 konsumiert. Ihr Missbrauch kann zu  
3079 schwerwiegenden gesundheitlichen  
3080 Schäden und menschlichen Tragödien  
3081 führen. Dabei sagt die Einteilung in legale  
3082 und illegale Drogen nichts über deren  
3083 Gefährlichkeit aus.

3084 Abhängige sind nicht kriminell, sondern  
3085 krank! Es müssen ausreichende Mittel für  
3086 präventive und therapeutische Angebote  
3087 bereitgestellt werden. DIE LINKE setzt sich  
3088 für eine humane und rationale  
3089 Drogenpolitik ein. Der Drogenkonsum muss  
3090 entkriminalisiert werden, auch damit den  
3091 Abhängigen frühzeitig bestmöglich  
3092 geholfen werden kann.

3093 **DIE LINKE fordert:**

3094 • Drogenprävention finanziell und  
3095 personell verstärken;

3096 • Drogenkonsum und -abhängigkeit  
3097 entkriminalisieren: ausreichende und  
3098 bedarfsorientierte psychosoziale Begleitung  
3099 und Betreuung von  
3100 Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger  
3101 Behandlungsgrundlage schaffen; öffentlich  
3102 und medizinisch betreute Fixerstuben  
3103 einrichten; den derzeitig völlig „freien“  
3104 Drogenmarkt durch ein Abgabemodell für  
3105 Cannabis regeln; Besitz, Erwerb, Anbau und  
3106 Handel unter Berücksichtigung des Jugend-  
3107 schutzes legalisieren; Cannabis als  
3108 Arzneimittel bei entsprechender Indikation  
3109 zulassen;

3110 • Therapieangebote ausbauen: die  
3111 kontrollierte Regelversorgung von  
3112 „Schwerstabhängigen“ mit Heroin und  
3113 Ersatzstoffen ermöglichen.

3114

#### 3115 **4.4. Die Humanität einer** 3116 **Gesellschaft misst sich an ihrem** 3117 **Umgang mit Menschen in Not**

3118 *„Daß es so etwas gibt wie ein Recht, Rechte*  
3119 *zu haben, wissen wir erst, seitdem Millionen*  
3120 *Menschen aufgetaucht sind, die dieses*  
3121 *Recht verloren haben und zufolge der neuen*  
3122 *globalen Organisation der Welt nicht*  
3123 *imstande sind, es wiederzugewinnen.“*  
3124 **Hannah Arendt**

3125 Menschen in existentieller Not brauchen  
3126 Hilfe. Ihnen Hilfe zu leisten, ist ein  
3127 humanitäres Gebot: Die Grenzen offen für  
3128 Menschen in Not! Wer ihnen Hilfe  
3129 verweigert, verstößt gegen ein elementares  
3130 Gebot der Menschlichkeit. Wer aus  
3131 politischen, rassischen oder geschlechts-  
3132 spezifischen Gründen verfolgt wird, wer um  
3133 seine körperliche Unversehrtheit oder gar  
3134 um sein Leben fürchten muss und sich auf  
3135 der Flucht befindet, darf nicht abgewiesen  
3136 werden. Aus diesen guten Gründen wurde  
3137 im Grundgesetz das Grundrecht auf  
3138 politisches Asyl geschaffen.

3139 Durch den Asylkompromiss aus dem Jahre  
3140 1992 und die anschließende  
3141 „Harmonisierung der EU-Asylpolitik“ wurde  
3142 dieses Grundrecht seiner Substanz  
3143 beraubt. Die Grenzen der EU werden zu  
3144 Hochsicherheitsgrenzen gegen Flüchtlinge  
3145 ausgebaut. Folglich erreichen immer  
3146 weniger Flüchtlinge überhaupt  
3147 Deutschland. Wem das gelingt, untersteht  
3148 dem diskriminierenden  
3149 Asylbewerberleistungsgesetz  
3150 (Wohnheimunterbringung, Sachleistungen),  
3151 darf nicht selbst durch Erwerbsarbeit für  
3152 seinen Lebensunterhalt aufkommen  
3153 (Arbeitsverbot) und sich nicht außerhalb  
3154 des zugewiesenen Wohnortes bewegen  
3155 (Residenzpflicht).

3156 Wer nach einem zermürenden  
3157 Anerkennungsverfahren politisches Asyl  
3158 erhält, sieht sich immer häufiger Asyl-  
3159 Widerrufsverfahren ausgesetzt, wenn die  
3160 Behörden der Ansicht sind, die Lage im  
3161 Herkunftsland habe sich geändert. DIE  
3162 LINKE tritt für eine humane Asylpolitik ein.

3163 **DIE LINKE fordert:**

3164 • Das Asylrecht im Grundgesetz  
3165 substantiell wiederherstellen; die Genfer  
3166 Flüchtlingskonvention und die Europäische

3167 Menschenrechtskonvention  
 3168 uneingeschränkt gelten lassen und die UN-  
 3169 Kinderrechtskonvention vollständig  
 3170 umsetzen;

3171 • geschlechtsspezifische Fluchtursachen  
 3172 als Asylgrund umfassend anerkennen:  
 3173 Frauen, die in ihrem Herkunftsland von  
 3174 geschlechtsspezifischer Gewalt – wie zum  
 3175 Beispiel weiblicher Genitalverstümmelung –  
 3176 bedroht sind, vor Abschiebung schützen;

3177 • Flucht vor bürgerkriegsähnlichen,  
 3178 nichtstaatlichen Auseinandersetzungen, vor  
 3179 Milizen und Warlords als Grund für  
 3180 bleibendes Asyl anerkennen;

3181 • Asylgewährung nicht widerrufen:  
 3182 anerkannte Flüchtlinge als  
 3183 gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger  
 3184 behandeln; Zugang zu  
 3185 Integrationsmaßnahmen sicherstellen;  
 3186 Leitstellen gegen Diskriminierung und  
 3187 Rassismus in allen Bundesländern  
 3188 einrichten;

3189 • benachteiligende Regelungen und  
 3190 Gesetze aufheben: Kettenduldungen  
 3191 beenden; Asylbewerberleistungsgesetz  
 3192 und Residenzpflicht abschaffen;

3193 • für Hunderttausende „Illegale“  
 3194 elementare Menschenrechte wie die  
 3195 Behandlung von Erkrankungen sichern;  
 3196 behördliche Meldepflichten aussetzen;  
 3197 Perspektiven eines legalen Aufenthalts  
 3198 schaffen;

3199 • länger hier lebenden Menschen –  
 3200 unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen  
 3201 Status – ein gesichertes Bleiberecht  
 3202 gewähren;

3203 • die UN-Kinderrechtskonvention  
 3204 umsetzen: für minderjährige Flüchtlinge  
 3205 das Ausländer- und Asylrecht entsprechend  
 3206 anpassen;

3207 • Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen  
 3208 Bedingungen beenden;

3209 • auf europäischer Ebene eine  
 3210 menschenrechtlich fundierte Asylpolitik  
 3211 durchsetzen: die Grenzschutzagentur  
 3212 FRONTEX abschaffen; die unfreiwillige  
 3213 Verschiebung von Flüchtlingen nach dem  
 3214 ungerechten Zuständigkeitsprinzip (Dublin  
 3215 II-Verordnung) verbieten, faire  
 3216 Asylverfahren sichern, Sammellager

3217 abschaffen sowie geschlechtsspezifische  
 3218 und nichtstaatliche Verfolgung als  
 3219 Asylgrund anerkennen.

## 3220 **4.5. Den Feinden der Demokratie** 3221 **entschieden entgegen treten**

3222 „*Faschismus ist keine Meinung, sondern ein*  
 3223 *Verbrechen.*“ **Deutsche Geschichte**

3224 Eine demokratische Gesellschaft gründet  
 3225 auf dem gegenseitigen Versprechen aller  
 3226 Gesellschaftsmitglieder, sich als Gleiche zu  
 3227 achten und zu respektieren. Ohne die  
 3228 wechselseitige Anerkennung als  
 3229 Bürgerinnen und Bürger mit den gleichen  
 3230 demokratischen Rechten, unabhängig von  
 3231 Hautfarbe, Geschlecht oder Herkunft,  
 3232 haben weder soziale Gerechtigkeit noch  
 3233 Demokratie Bestand. Fremdenhass,  
 3234 Faschismus, Antisemitismus, Rassismus  
 3235 und Homophobie richten sich gegen die  
 3236 Fundamente einer demokratischen  
 3237 Gesellschaft. Sie leugnen das Prinzip  
 3238 demokratischer Gleichheit und propagieren  
 3239 Lösungen auf Kosten von Schwächeren und  
 3240 Minderheiten. Ihr Leitsatz lautet, dass der  
 3241 Stärkere sich durchsetzen soll, im Alltag  
 3242 wie in der Politik.

3243 Rechtsextreme Haltungen entstehen immer  
 3244 wieder neu aus den sozialen Konflikten der  
 3245 Gegenwart, aus der sozialen Spaltung der  
 3246 deutschen Gesellschaft und der ungelösten  
 3247 sozialen Frage. Der Aufschwung  
 3248 rechtsextremer Parteien und die  
 3249 Verbreitung rechtsextremer Ideen dürfen  
 3250 nicht verharmlost oder gar als  
 3251 verständliche Reaktion auf  
 3252 gesellschaftliche Probleme gerechtfertigt  
 3253 werden.

### 3254 **DIE LINKE fordert:**

3255 • rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich  
 3256 verfolgen und konsequent ahnden:  
 3257 bürgerschaftliches Engagement gegen  
 3258 rechtsextreme Gewalt anerkennen und  
 3259 fördern; die Aktivitäten gegen  
 3260 Rechtsextremismus, Rassismus und  
 3261 Antisemitismus der Bundesministerien und  
 3262 von Bund und Ländern durch eine  
 3263 „Beauftragte des Deutschen Bundestages  
 3264 für Demokratie und Toleranz“ koordinieren;

3265 • eine unabhängige Beobachtungsstelle  
3266 Rechtsextremismus, Rassismus und Anti-  
3267 semitismus einrichten: die Beobachtung  
3268 von NPD und Nazistrukturen nicht nur dem  
3269 Verfassungsschutz überlassen; mobile  
3270 Beratungsteams, Exit-Angebote und andere  
3271 öffentliche Projekte und Initiativen gegen  
3272 Rechtsextremismus, Rassismus und  
3273 Antisemitismus stärken und finanziell  
3274 absichern; entsprechende Bildungsarbeit in  
3275 Schule, Ausbildung und Politik fördern;

3276 • NPD verbieten und die gesellschaftliche  
3277 Auseinandersetzung mit dem Rechtsex-  
3278 tremismus offensiv führen: die V-Leute der  
3279 Verfassungsschutzämter innerhalb der NPD  
3280 abziehen; keine Parteien, die das  
3281 Lebensrecht anderer bestreiten,  
3282 nationalsozialistisches Gedankengut  
3283 wiederbeleben und die Demokratie  
3284 abschaffen wollen, tolerieren und deshalb  
3285 ein Verbotsverfahren vor dem  
3286 Bundesverfassungsgericht einleiten.

#### 3287 **4.6. Mehr auf die Bürgerin und** 3288 **den Bürger setzen**

3289 „Wir vereinigen in uns die Sorge um unser  
3290 Haus und zugleich um unsere Stadt, und den  
3291 verschiedenen Tätigkeiten zugewandt, ist  
3292 doch auch in staatlichen Dingen keiner ohne  
3293 Urteil.“ **Thukydides**

3294 Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement  
3295 bereichert das gesellschaftliche Leben.  
3296 Darin spiegeln sich die Fähigkeiten und der  
3297 Mut der Bürgerinnen und Bürger, ihre  
3298 Angelegenheiten selbst in die Hand zu  
3299 nehmen. Eine demokratische Gesellschaft  
3300 lebt von diesem Engagement. DIE LINKE  
3301 tritt für eine umfassende Förderung des  
3302 bürgerschaftlichen Engagements ein.  
3303 Freiwillige ehrenamtliche Arbeit darf nicht  
3304 als Lückenbüßer für einen Abbau des  
3305 Sozialstaates missbraucht werden. Sie darf  
3306 auch nicht nur eine Sache derer sein, die  
3307 es sich leisten können. Für Erwerbslose  
3308 und Geringverdienende, ältere Menschen  
3309 und Menschen mit Behinderungen müssen  
3310 die gleichen Teilhabemöglichkeiten  
3311 gesichert werden.

3312 Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt  
3313 müssen in Staat und Gesellschaft einen  
3314 höheren Stellenwert bekommen. Gerade  
3315 weil Bürgerengagement nicht auf

3316 materiellen Gewinn gerichtet ist, muss es  
3317 durch eine wirksame Anerkennungskultur  
3318 gewürdigt werden. Gute Rahmen-  
3319 bedingungen für das bürgerschaftliche  
3320 Engagement schaffen die Grundlage für  
3321 den Erhalt und den Ausbau von sozialer  
3322 und demokratischer Teilhabe. Das  
3323 Engagement für Gesellschaft, Familie und  
3324 Erwerbsleben sowie Zeit für sich selbst  
3325 müssen besser miteinander vereinbar  
3326 werden. Das bürgerschaftliche Engagement  
3327 von Migrantinnen und Migranten ist als  
3328 besonderer Integrationsfaktor  
3329 herauszustellen. Sie sind mit konkreten  
3330 Projekten zu unterstützen.

#### 3331 **DIE LINKE fordert:**

3332 • rechtliche, finanzielle,  
3333 versicherungstechnische und  
3334 infrastrukturelle Rahmenbedingungen für  
3335 die ehrenamtliche Arbeit verbessern;

3336 • Aufwendungen für bürgerschaftliches  
3337 Engagement bzw. pauschale Aufwandsent-  
3338 schädigung als direkte Zuwendung  
3339 erstatten und nicht auf staatliche  
3340 Leistungen anrechnen;

3341 • Möglichkeiten zum Erproben und zur  
3342 kostenlosen Fortbildung der Freiwilligen in  
3343 unterschiedlichen Engagementfeldern  
3344 fördern.

3345 Verbraucherschutz gegen  
3346 Produzentenmacht stärken. Bürgerinnen  
3347 und Bürger sind nicht machtlos. Sie können  
3348 ihre Kaufkraft bewusst einsetzen und  
3349 beispielsweise keine Waren mit  
3350 gesundheitsschädlichen Inhaltsstoffen  
3351 kaufen oder Produkte aus sozial  
3352 unverträglicher Herstellung in den Regalen  
3353 liegenlassen. Allzu häufig allerdings sind  
3354 Verbraucherinnen und Verbraucher  
3355 gegenüber den Anbieterinnen und  
3356 Anbietern von Waren und Dienstleistungen  
3357 benachteiligt. Ihnen fehlen Fachkenntnis  
3358 und sachgerechte Informationen. DIE  
3359 LINKE will den Verbraucherinnen und  
3360 Verbrauchern daher umfassende  
3361 Transparenz und Information garantieren  
3362 und sie in ihren Rechten stärken.

#### 3363 **DIE LINKE fordert:**

3364 • die Verbraucherrechte stärken und  
3365 vorsorgenden Verbraucherschutz  
3366 verankern: Verbraucherinnen und  
3367 Verbrauchern umfassende Rechte auf

3368 Information und Transparenz einräumen;  
3369 Rechte der Verbraucherverbände sowie der  
3370 Verbraucherinnen und Verbraucher  
3371 stärken; Ampelkennzeichnung bei  
3372 Lebensmitteln einführen;

3373 • die Verbraucherpolitik sozial gerecht  
3374 gestalten: vor allem einkommensschwache,  
3375 bildungsferne oder unerfahrene  
3376 Verbraucherinnen und Verbraucher  
3377 unterstützen;

3378 • die Nachweispflichten umkehren:  
3379 Produzentenhaftung ausweiten,  
3380 Geschädigtenschutz verbessern;

3381 • Telefon-Verkäufe neu regeln:  
3382 Rechtswirksamkeit telefonisch vereinbarter  
3383 Verträge an schriftliche Bestätigung  
3384 binden.

## 3385 **5. Frieden und Gerechtigkeit –** 3386 **weltweit!**

3387 *„Ich möchte Erde, Feuer, Brot, Mehl, Zucker,*  
3388 *Meer, Bücher, Heimat für Alle.“*  
3389 **Pablo Neruda**

3390 Die Welt, in der wir leben, ist in den  
3391 vergangenen Jahren nicht friedlicher und  
3392 sicherer geworden. Sie wird von vielfältigen  
3393 Krisen erschüttert. Der globale  
3394 Kapitalismus hat die Finanzmärkte in den  
3395 Abgrund und die Volkswirtschaften vieler  
3396 Länder in eine tiefe Rezession gestürzt. In  
3397 den Industrieländern sind damit fühlbare  
3398 Wohlstandsverluste für die Bürgerinnen  
3399 und Bürger verbunden. In den nicht  
3400 industrialisierten und rohstoffarmen  
3401 Ländern erleben Armut, Hunger und  
3402 Seuchen einen katastrophalen Anstieg.

3403 Deutsche Außenpolitik muss  
3404 Friedenspolitik werden. Gute Außenpolitik,  
3405 die den Interessen des eigenen Landes an  
3406 einer auf Frieden, Gerechtigkeit und  
3407 Gleichheit verpflichteten Weltordnung  
3408 gerecht werden will, muss sich bewusst  
3409 sein, was das eigene Handeln in der Welt  
3410 bei anderen bewirkt: Für eine Bewohnerin  
3411 der südlichen Halbkugel muss es völlig  
3412 unbegreiflich sein, dass allein die EU-  
3413 Staaten Rettungspakete für Banken  
3414 schnüren, deren Summe sich auf zwei  
3415 Billionen Dollar beläuft, während ein  
3416 Bruchteil davon ausreichen würde, um die

3417 schlimmsten Plagen der Menschheit, vom  
3418 Hunger bis zum Analphabetismus, zu  
3419 besiegen. Diese unfassbaren  
3420 Missverhältnisse müssen wirksam  
3421 bekämpft werden.

3422 Tatsächlich aber bekommt die Außenpolitik  
3423 der industrialisierten, rohstoffarmen Länder  
3424 wie Deutschland in wachsendem Maße den  
3425 Charakter einer imperialen Rohstoff- und  
3426 Energiesicherungspolitik. Die Konkurrenz  
3427 um die noch verbliebenen Rohstoffe zieht  
3428 immer öfter Gewalt und Kriege nach sich.  
3429 Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise  
3430 verschärfen die weltweite Ernährungs- und  
3431 Grundversorgungskrise. Milliarden  
3432 Menschen haben weder ausreichende  
3433 Nahrung noch Zugang zu sauberem Wasser  
3434 und elektrischer Energie. Von  
3435 gesundheitlicher Versorgung und Bildung  
3436 ganz zu schweigen.

3437 Streben nach Vorherrschaft und Einsatz  
3438 militärischer Stärke sind keine Grundlage  
3439 für die Krisenbewältigung. Wer Kooperation  
3440 erreichen will, muss das Völkerrecht und  
3441 die Menschenrechte achten. Die zentrale  
3442 Institution muss die UNO werden. DIE  
3443 LINKE ist die Partei des Völkerrechts und  
3444 der Durchsetzung des Gewaltverbots in den  
3445 internationalen Beziehungen.

## 3446 **5.1. Entwicklung braucht** 3447 **Gerechtigkeit**

3448 *„Zum ersten Mal in der Geschichte der*  
3449 *Menschheit ist der objektive Mangel*  
3450 *besiegt, und die Utopie des gemeinsamen*  
3451 *Glücks wäre materiell möglich.“*  
3452 **Jean Ziegler, UN-Beauftragter für das**  
3453 **Recht auf Nahrung**

3454 DIE LINKE fordert eine grundlegende  
3455 Neuorientierung der  
3456 Entwicklungszusammenarbeit. Wohlstand  
3457 basiert nicht allein auf Konsum und  
3458 Wirtschaftswachstum, sondern auch auf  
3459 Werten wie Achtung der Menschenwürde,  
3460 sichere Arbeitsplätze, verlässliche  
3461 Sozialsysteme. Die  
3462 Entwicklungszusammenarbeit der  
3463 westlichen Industrieländer zielt bisher auf  
3464 eigene wirtschaftliche Vorteile. Ein  
3465 Vielfaches dessen, was als Hilfe von Nord  
3466 nach Süd fließt, kommt über Zinstilgungen,

3467 Kapitalflucht und ungerechten Handel  
3468 zurück.

3469 Agrarsubventionen und  
3470 Freihandelsabkommen, die Industrieländer  
3471 begünstigen, behindern die Entwicklung in  
3472 den nicht industrialisierten Ländern.  
3473 Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-  
3474 Beziehungen und regionale Märkte als  
3475 Gegenpol zur globalen Handelspolitik  
3476 stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen  
3477 im eigenen Land fördern und für faire  
3478 Preise sorgen. Zu den obersten Zielen der  
3479 Entwicklungszusammenarbeit gehört die  
3480 sichere Versorgung der Bevölkerungen in  
3481 den nicht industrialisierten Ländern mit  
3482 Nahrungsmitteln aus eigener Kraft. Die  
3483 Förderung der Kleinbäuerinnen und  
3484 Kleinbauern ist zu unterstützen, auf Kosten  
3485 der rein exportorientierten Agrarindustrie.

3486 Frauen spielen für die beständige  
3487 Entwicklung auf allen Ebenen, in der  
3488 Bildung, in der Wirtschaft, in den familiären  
3489 Zusammenhängen eine tragende und  
3490 entscheidende Rolle. Erfolgreiche  
3491 Entwicklungspolitik – das zeigen weltweite  
3492 Erfahrungen – ist immer auch aktive Frau-  
3493 enförderungspolitik.

3494 Entwicklungspolitische Zusammenarbeit  
3495 muss sich schwerpunktmäßig auf die  
3496 Unterstützung der am wenigsten  
3497 entwickelten Länder konzentrieren mit dem  
3498 Ziel, herausragende regionale Ergebnisse  
3499 zu erzielen. Dabei sollte sie sich auf lokal  
3500 gesteuerte Entwicklungsinitiativen auf  
3501 kommunaler und regionaler Ebene stützen  
3502 sowie Selbsthilfegruppen,  
3503 Nichtregierungsorganisationen und  
3504 Mikrofinanzierungssysteme fördern.

3505 **DIE LINKE fordert:**

3506 • das Menschenrecht auf Nahrung und die  
3507 Nahrungssouveränität verwirklichen:  
3508 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern,  
3509 angepasste Technologien und eine  
3510 gerechte Land- und Ressourcenverteilung  
3511 ins Zentrum der Förderung rücken;

3512 • Spekulation mit Nahrungsmitteln  
3513 verbieten: die Finanzmärkte regulieren,  
3514 Hedgefonds und spekulative Geschäfte mit  
3515 Nahrungsmitteln unterbinden; den Import  
3516 von Agrarrohstoffen zur Bio-Sprit-  
3517 Erzeugung ausschließen, bis die globale  
3518 Nahrungsmittelversorgung nachhaltig  
3519 gesichert ist;

3520 • Frauenförderung zum  
3521 entwicklungspolitischen Schwerpunkt  
3522 machen: Geschlechtergerechtigkeit auf  
3523 allen wirtschaftlichen, politischen und  
3524 sozialen Ebenen konsequent fördern; bei  
3525 der Vergabe von Geldern die jeweilige  
3526 geschlechtsspezifische Arbeitsteilung,  
3527 beispielsweise in der Agrarproduktion,  
3528 berücksichtigen; in  
3529 Frauenförderungsprojekte investieren, eine  
3530 qualitativ gute Grundbildung für Mädchen  
3531 und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen  
3532 unterstützen;

3533 • gerechte Handelsstrukturen herstellen,  
3534 Entwicklungsländer entschulden: die EU-  
3535 Exportsubventionen abschaffen; die  
3536 „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ mit  
3537 den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik)  
3538 und andere Freihandelsabkommen neu  
3539 verhandeln; faire Schiedsverfahren für  
3540 insolvente Staaten schaffen;

3541 • wirkungsvolle und verlässliche Nothilfe  
3542 gewährleisten: die Zahlungen für die  
3543 internationale Nothilfe auf eine verbindliche  
3544 Basis stellen und finanzkrisensicher  
3545 machen; Hilfen ohne wirtschaftspolitische  
3546 Auflagen gewähren;

3547 • Entwicklungspolitik an zivile  
3548 Konfliktprävention, Völkerrecht und  
3549 Menschenrechte sowie aktive  
3550 Friedenspolitik binden: Unterordnung der  
3551 Entwicklungszusammenarbeit unter die  
3552 Außen- und Sicherheitspolitik beenden; die  
3553 demokratischen und fortschrittlichen  
3554 Bewegungen des Südens direkt stärken,  
3555 die Zielgruppen der Projekte in die Planung  
3556 und Umsetzung einbeziehen und  
3557 internationale Hilfen besser koordinieren;

3558 • Entwicklungsländern Lizenzen für  
3559 preiswerte Medikamente zur Verfügung  
3560 stellen;

3561 • 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes  
3562 für die Entwicklungshilfe bereitstellen.

3563

3564 **5.2. Globale Lösungen erfordern**  
3565 **globale Kooperation**

3566 „Unsere Aufgabe ist es, die Welt schöner,  
3567 sicherer und besser zu machen, als wir sie  
3568 angetroffen haben.“ **Muhammad Yunus,**  
3569 **Friedensnobelpreisträger**

3570 Das Völkerrecht ist die einzige  
3571 Rechtsgrundlage zwischen den Staaten.  
3572 Wenn es verletzt werden darf, gilt kein  
3573 Recht mehr, sondern nur noch das Recht  
3574 des Stärkeren. Deshalb wird DIE LINKE, im  
3575 Gegensatz zu den anderen Parteien,  
3576 keinem Bruch des Völkerrechts zustim-  
3577 men. Aber solange die Vetomächte des UN-  
3578 Sicherheitsrates und ihre Verbündeten das  
3579 Völkerrecht brechen, ohne mit Sanktionen  
3580 rechnen zu müssen, bleibt die UNO eher  
3581 machtlos. Wir wollen, dass die UNO  
3582 politisch gestärkt wird. UN-mandatierte  
3583 Kriege wie auch eine weitere Militarisierung  
3584 der UNO lehnen wir ab. Zu diesem Zweck  
3585 müssen die Mitgliedstaaten der UNO mehr  
3586 Mittel und Kompetenzen geben.

3587 Nur so kann die UNO bei internationalen  
3588 Problemen helfen, weltweit Frieden und  
3589 soziale Gerechtigkeit fördern und sichern.  
3590 Unverzichtbar ist die Demokratisierung der  
3591 Vereinten Nationen. Unabhängig von der  
3592 ausstehenden UN-Reform muss die  
3593 aktuelle Entwertung des Völkerrechts  
3594 gestoppt werden. Es gibt keine  
3595 „humanitären“ Militärinterventionen. DIE  
3596 LINKE lehnt daher alle völkerrechtswidrigen  
3597 Militär- und Kriegseinsätze, auch mit UN-  
3598 Mandat, ab. Kriege sind immer inhuman  
3599 und die gravierendste  
3600 Menschenrechtsverletzung.

3601 Deutschland und die EU müssen die  
3602 „Millenniumsziele“ der UNO nachdrücklich  
3603 unterstützen und dazu beitragen, dass die  
3604 Reform der Weltwirtschaftsordnung nicht  
3605 eine Angelegenheit der G8- und G20-  
3606 Staaten bleibt, sondern auf die Agenda der  
3607 UNO kommt. Eine wirksame globale  
3608 Klimapolitik verlangt eine klimapolitisch  
3609 aktive UNO. Das bisherige System des  
3610 Emissionshandels hat sich als weitgehend  
3611 unwirksam erwiesen. Emissionsrechte  
3612 wurden in der Regel verschenkt. Die  
3613 Vorgaben zur Verringerung des CO2-  
3614 Ausstoßes waren zu schwach.  
3615 Entwicklungspolitische Steuerung war nicht  
3616 vorgesehen. Globale Klimapolitik muss von  
3617 dem Grundsatz der Gleichheit der

3618 Menschen ausgehen. Pro Kopf darf dann  
3619 auf jeden Menschen nur die gleiche Menge  
3620 CO2-Ausstoß entfallen, die global auf  
3621 Dauer klimaverträglich ist. Wer diesen  
3622 Grundsatz globaler Gleichheit ernst nimmt,  
3623 erkennt, dass vor allem die  
3624 industrialisierten Länder schnell und  
3625 energisch handeln müssen.

3626 **DIE LINKE fordert:**

3627 • deutsche Außenpolitik auf eine Stärkung  
3628 der UNO orientieren: das Völkerrecht als  
3629 vertragliche Grundlage der Beziehungen  
3630 zwischen den Staaten anerkennen,  
3631 durchsetzen und weiterentwickeln;

3632 • die UNO demokratisch reformieren: die  
3633 Instrumentalisierung der UNO für die  
3634 Mandatierung von Kriegen beenden;  
3635 Militärbündnisse der UNO unterordnen; der  
3636 UNO-Vollversammlung mehr Recht  
3637 einräumen;

3638 • die Millenniumsziele der UNO bis 2015  
3639 verwirklichen: die schlimmsten Geißeln der  
3640 Menschheit wie Armut, Hunger, Nahrungs-  
3641 und Trinkwassermangel, Seuchen und  
3642 Krankheiten, Mütter- und  
3643 Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung  
3644 und Analphabetismus drastisch reduzieren  
3645 und ihre Bekämpfung in völkerrechtlich  
3646 verbindlichen Regelungen festschreiben;

3647 • eine aktive Rolle der UNO bei der Reform  
3648 der Weltwirtschaftsordnung akzeptieren:  
3649 eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht  
3650 allein den mächtigen Staaten überlassen;  
3651 die Finanzmärkte strikt regulieren; ein  
3652 System fester Wechselkurse schaffen; in  
3653 der Politik der Welthandelsorganisation  
3654 (WTO) die Dogmen der Privatisierung, der  
3655 Liberalisierung und des Freihandels  
3656 überwinden und entwicklungspolitisch  
3657 sinnvolle Ziele im Rahmen einer sozial,  
3658 politisch und wirtschaftlich gerechten  
3659 Weltwirtschaftsordnung stärken;

3660 • die UNO zur globalen Instanz bei der  
3661 Bewältigung der überlebenswichtigen  
3662 Fragen der Menschheit wie Ernährung,  
3663 Klimawandel, Wasser- und  
3664 Energieversorgung machen.

3665

3666 **5.3. Deutsche Außenpolitik –**  
3667 **Rückkehr zur Friedenspolitik**  
3668 **durchsetzen!**

3669 „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen  
3670 gegen unsere französischen oder anderen  
3671 ausländischen Brüder zu erheben, so  
3672 erklären wir: ‚Nein, das tun wir nicht!‘“  
3673 **Rosa Luxemburg, 25.9.1913 auf einer**  
3674 **Kundgebung in Frechenheim (für diese**  
3675 **„Aufforderung zum Ungehorsam gegen**  
3676 **Gesetz und Anordnungen der Obrig-**  
3677 **keit“ wurde sie 1914 zu einem Jahr**  
3678 **Gefängnis verurteilt.)**

3679 Die deutsche Außenpolitik ist von SPD und  
3680 Grünen remilitarisiert worden und  
3681 zunehmend auf die imperiale Durchsetzung  
3682 von Kapitalinteressen gerichtet. Seit dem  
3683 Angriffskrieg gegen das damalige  
3684 Jugoslawien beteiligt sich die  
3685 Bundesrepublik Deutschland aktiv an  
3686 Handlungen, die das Völkerrecht verletzen.  
3687 Das Gewaltverbot in den internationalen  
3688 Beziehungen als Kern des Gewaltmonopols  
3689 der Vereinten Nationen ist zu achten.  
3690 Deutschland beteiligt sich entweder direkt  
3691 (Kosovo, Afghanistan) oder indirekt (Irak)  
3692 an Militärinterventionen und  
3693 völkerrechtswidrigen Kriegen. Als NATO-  
3694 Mitgliedstaat akzeptiert die Bundesrepublik  
3695 Deutschland das Neue Strategische  
3696 Konzept der NATO, das die Verfolgung  
3697 ökonomischer Interessen zu einer  
3698 militärischen Aufgabe erklärt.

3699 Die beiden großen Kriege der letzten Jahre  
3700 waren der Afghanistan-Krieg und der Irak-  
3701 Krieg, der ein Krieg um Öl ist. Insbesondere  
3702 der Krieg in Afghanistan wird gegenüber  
3703 jeder Kritik zäh verteidigt, weil die NATO im  
3704 Falle eines Scheiterns ihre  
3705 Interventionsfähigkeit in Frage gestellt  
3706 sieht. Ihr eigentliches Kriegsziel ist, sich als  
3707 globale Interventionsmacht zu zeigen.  
3708 Dadurch aber wird die Lage in Afghanistan  
3709 deutlich schwieriger. Es gibt keinen  
3710 militärischen Sieg im sogenannten Anti-  
3711 Terror-Krieg.

3712 Gemessen an den globalen  
3713 Herausforderungen, ist die deutsche  
3714 Außenpolitik kontraproduktiv. Die  
3715 Bundesregierung orientiert sich  
3716 außenpolitisch stärker an der  
3717 Konfrontations- und Interventionspolitik  
3718 der USA und der NATO als an der Aufgabe,

3719 kooperative Antworten auf globale  
3720 Probleme zu finden.

3721 **Die Linke fordert:**

3722 • den Verteidigungsetat verkleinern und  
3723 den zivilen Friedensdienst ausbauen;

3724 • die NATO ersetzen durch ein kollektives  
3725 Sicherheitssystem unter Beteiligung  
3726 Russland: die Errichtung des  
3727 „Raketenabwehrschildes“ in Osteuropa  
3728 verhindern; die zivilen Partnerschafts- und  
3729 Kooperationsabkommen zwischen EU und  
3730 Russland ausbauen; die Östliche  
3731 Partnerschaft mit Staaten aus der früheren  
3732 Sowjetunion unter Berücksichtigung der  
3733 Sicherheitsinteressen Russlands gestalten;

3734 • radikal abrüsten: die Wehrpflicht  
3735 abschaffen; die Bundeswehr zu einer  
3736 Verteidigungsarmee umgestalten und  
3737 deutlich verkleinern; Jugendoffiziere in  
3738 Schulen, Universitäten und  
3739 Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen  
3740 und Vertretern gegenteiliger Auffassungen  
3741 auftreten lassen;

3742 • keinem Ausweitungsvorhaben der NATO  
3743 zustimmen: die Beteiligung an der NATO  
3744 Response Force (NRF) und multinationalen  
3745 Rüstungsprogrammen ablehnen; keiner  
3746 Ausweitung des NATO-Auftrages  
3747 (Strategischer Seetransport,  
3748 Katastrophenschutz, Energiesicherheit)  
3749 zustimmen; NATO-Doktrin präventiver  
3750 Kriege und des Einsatzes von Atomwaffen  
3751 beenden; aktive Schritte zu einer  
3752 atomwaffenfreien Welt unternehmen;

3753 • keine Auslandskriegseinsätze der  
3754 Bundeswehr zulassen – auch nicht unter  
3755 UN-Mandat: keine Militärberater zur  
3756 Unterstützung autoritärer Regimes  
3757 entsenden;

3758 • die UN-Resolution 1325 „Frauen und  
3759 Frieden“ umsetzen: Frauen und Mädchen in  
3760 Kriegs- und Krisensituationen schützen und  
3761 an Friedensprozessen aktiv beteiligen; na-  
3762 tionalen Aktionsplan zur Umsetzung der  
3763 UN-Resolution 1325 auflegen;

3764 • die Bundeswehr sofort aus Afghanistan  
3765 abziehen;

3766 • Rüstungsexporte verbieten;

3767 • alle militärischen Stützpunkte  
3768 ausländischer Armeen in Deutschland  
3769 schließen und alle Atomwaffen vernichten  
3770 lassen.

#### 3771 **5.4. Deutschland in Europa: Für** 3772 **eine soziale, demokratische und** 3773 **friedliche Europäische Union**

3774 „Die internationalen Finanzmärkte haben  
3775 heute einen Komplexitätsgrad erreicht, der  
3776 dem Weltwetter in nichts nachsteht.“  
3777 **Susan George, 1998**

3778 Die Europäische Union ist unverzichtbares  
3779 politisches Handlungsfeld für die Sicherung  
3780 des Friedens in Europa, für die Bewältigung  
3781 der globalen Wirtschaftskrise, für die  
3782 Wahrung von Beschäftigteninteressen, für  
3783 den sozialökologischen Umbau des  
3784 europäischen Binnenmarktes, für die  
3785 Lösung der globalen Herausforderungen  
3786 und die globale Kooperation. Europa und  
3787 die Europäische Union sind hierfür nicht  
3788 gut gerüstet.

3789 Die Regierungen der EU-Staaten haben die  
3790 Begeisterung vieler Bürgerinnen und  
3791 Bürgern für Europa auf lange Zeit verspielt.  
3792 Der Wettlauf um die niedrigsten Steuern,  
3793 Löhne und Sozialleistungen wurde  
3794 gefördert und die abhängig Beschäftigten  
3795 der europäischen Staaten wurden  
3796 gegeneinander ausgespielt.

3797 Die Europäische Union hat bisher darauf  
3798 verzichtet, die politischen Instrumente zu  
3799 schaffen, um auf globale Krisen der  
3800 Wirtschafts-, der Klima- und Energiepolitik  
3801 sowie der Lebensmittelversorgung  
3802 angemessen zu reagieren. Die Europäische  
3803 Union, die EU-Kommission und der  
3804 Europäische Gerichtshof sind bislang auf  
3805 eine Politik festgelegt, die zu den Ursachen  
3806 dieser Krisen zählt: Durchsetzung der  
3807 europäischen Wirtschaftsfreiheiten, der  
3808 Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, der  
3809 Entstaatlichung, Privatisierung und  
3810 Deregulierung. Das muss sich ändern.

#### 3811 **Die Linke fordert:**

3812 • eine europäische Wirtschaftsregierung  
3813 einrichten: Geld-, Finanz- und  
3814 Wirtschaftspolitik koordinieren;

3815 • die Europäische Zentralbank (EZB)  
3816 gleichrangig auf Preisstabilität, nachhaltige  
3817 Entwicklung und Beschäftigung  
3818 verpflichten: EZB durch das Europäische  
3819 Parlament und den Rat der Wirtschafts-  
3820 und Finanzminister kontrollieren;

3821 • den Stabilitäts- und Wachstumspakt  
3822 durch eine Vereinbarung für nachhaltige  
3823 Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale  
3824 Sicherheit und Umweltschutz ersetzen;

3825 • eine soziale Fortschrittsklausel mit dem  
3826 Titel „Gleicher Lohn für gleichwertige Ar-  
3827 beit am gleichen Ort sichern“ in  
3828 europäische Verträge aufnehmen;

3829 • eine europäische Verfassung durch  
3830 Bürgerinnen und Bürger mit gestalten  
3831 lassen und am selben Tag allen  
3832 Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen  
3833 Union zur Abstimmung vorlegen;

3834 • die Gleichberechtigung von Frauen und  
3835 Männern verwirklichen, Diskriminierungs-  
3836 schutz ausbauen: Diskriminierung von  
3837 Menschen wegen ihrer ethnischen  
3838 Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion  
3839 oder Weltanschauung, einer Behinderung,  
3840 des Alters oder der sexuellen Identität  
3841 europaweit ausschließen;

3842 • die EU-Regional- und Strukturpolitik mit  
3843 ausreichenden finanziellen Mitteln aus-  
3844 statten: Auf- und Ausbau der  
3845 Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und  
3846 Westeuropa; die Zusammenarbeit in der  
3847 Grenzregionen, zum Beispiel zwischen  
3848 Deutschland und Polen und Tschechien,  
3849 verstärkt entwickeln;

3850 • die Grenzschutzagentur FRONTEX  
3851 abschaffen;

3852 • die Europäische Verteidigungsagentur  
3853 durch eine Abrüstungsagentur ersetzen;

3854 • militärische Auslandseinsätze im  
3855 Rahmen der Europäischen Außen- und  
3856 Sicherheitspolitik beenden.

3857



3858 **6. Konsequenz sozial. Für**  
3859 **Demokratie und Frieden.**

3860 „Was mich am meisten beunruhigt, ist die  
3861 himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit,  
3862 die darin besteht, dass die sozialisierten  
3863 Kosten des Systemversagens die  
3864 verletzbarsten sozialen Gruppen am  
3865 härtesten treffen. (...) Die Politik macht sich  
3866 lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich  
3867 auf das Zwangsrecht des demokratischen  
3868 Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht der  
3869 Kapitalismus ist für die  
3870 Gemeinwohlorientierung zuständig.“  
3871 **Jürgen Habermas, November 2008**

3872 In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise  
3873 rufen selbst die neoliberalen  
3874 Fundamentalistinnen und  
3875 Fundamentalisten nach dem rettenden  
3876 Staat. Das ist die Stunde der Politik! Wer in  
3877 der Krise die Gelegenheit versäumt, die  
3878 Spielregeln grundlegend zu ändern, bereitet  
3879 durch Unterlassung die nächste Krise vor.  
3880 Er handelt verantwortungslos gegenüber  
3881 den Mehrheitsinteressen: Arbeit,  
3882 Einkommen, Wohlstand, Sicherheit,  
3883 Gesundheit, Bildung, Kultur in einer gut  
3884 organisierten Gesellschaft, die in  
3885 demokratischer Gleichheit aller über ihre  
3886 öffentlichen Angelegenheiten entscheidet  
3887 statt von Banken- und Konzernmacht  
3888 erpresst zu werden.

3889 DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit,  
3890 für den Umbau von Wirtschaft und  
3891 Gesellschaft, für die Interessen der  
3892 Lohnabhängigen und für die  
3893 gleichberechtigte Teilhabe der vom Kapi-  
3894 talismus Ausgegrenzten und  
3895 Ausgemusterten. Dafür setzen wir uns ein,  
3896 im Deutschen Bundestag und in der  
3897 Gesellschaft.

3898 Links wirkt! Das haben die vergangenen  
3899 vier Jahre gezeigt. Auf eine erstarkte LINKE  
3900 reagieren die anderen Parteien, weil sie uns  
3901 und um ihre Wählerinnen und Wähler  
3902 fürchten. Wenn jetzt auch andere Parteien  
3903 mit Forderungen der LINKEN wie  
3904 Mindestlohn, Börsenumsatzsteuer,  
3905 längeres Arbeitslosengeld, Abschaffung der  
3906 Lohndiskriminierung von Frauen, mehr  
3907 Ausgaben für die Bildung um  
3908 Wählerstimmen werben, dann ist das gut  
3909 so, wenngleich schlimme Erfahrungen mit  
3910 Wahlversprechen nicht vergessen sind. Wir  
3911 werden sie beim Wort nehmen! Wir werden

3912 die Probleme zur Sprache bringen und  
3913 unsere Vorschläge zur Abstimmung stellen!

3914 Der Politikwechsel, der jetzt, mitten in der  
3915 Krise notwendig ist, erfordert  
3916 Entschiedenheit und Mut. Er erfordert auch  
3917 politischen Druck aus der Gesellschaft, aus  
3918 Vereinen, Betrieben und sozialen  
3919 Bewegungen, aktives Einmischen. Unsere  
3920 Fraktion wird auch in den kommenden vier  
3921 Jahren offen sein für den Protest und die  
3922 Forderungen der Arbeitnehmerinnen und  
3923 Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften,  
3924 der Globalisierungskritikerinnen und  
3925 -kritiker, der Frauenbewegung und der  
3926 Erwerbslosen, von Vertreterinnen und  
3927 Vertretern aus Wissenschaft, Kultur und  
3928 Religion sowie von sozial verantwortlichen  
3929 Unternehmerinnen und Unternehmern. Ihre  
3930 Ideen und ihr Engagement werden  
3931 gebraucht. DIE LINKE wirkt. Dafür  
3932 brauchen wir Ihre Stimmen am Wahltag,  
3933 mit denen Sie unsere Fraktion  
3934 entsprechend verpflichten.

3935 **Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das**  
3936 **Land.**

